Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (11. April 2003)

Sand im Getriebe 20

Der Rundbrief „Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

***rtf/.pdf-Version unter** www.attac.de/rundbriefe* • ***html-Version unter** www.attac-austria.org/sig/sig.php*
***email an die Redaktion*: sand.im.getriebe@attac.org**

Widerstand gegen die Weltplünderer

Die Weltplünderer kommen nicht mit kleinen Transportern an und man wird sie nicht beim Abtransport eines Bürostuhls oder eines Kühlschranks filmen können. Die Weltplünderer ziehen sich eine Tarnkappe über und reden von „Demokratie" „Sturz eines Diktators" „Befreiung", „Wettbewerbsfähigkeit", „Wohlstand durch Privatisierung", „Handelsfreiheit"...

Ihnen Einhalt zu gebieten verlangt zuerst, ihre Sprache unter die Lupe zu nehmen:
In diesem Heft befaßt sich **Maria Angeles Maeso** mit den „Knechtischen Adjektiven", die dem Substantiv „Krieg" beigefügt werden; **Eduardo Galeano** widerlegt die Rechtfertigungen für einen Krieg gegen den Irak;
Ricardo Petrella setzt sich mit der Ideologie des Wettbewerbs nach dem 11. September 2001 und deren katastrophalen Folgen auseinander; **Alessandro Pelizzari** analysiert den Prozess der Privatisierung der öffentlichen Dienste.

Den Weltplünderern Einhalt zu gebieten verlangt auch, sich über deren weitere Pläne im Klaren zu werden:
José Garcia Botia beantwortet die Frage „Was machen denn die USA in Afrika?"; **Noam Chomsky** warnt: „Der Irak ist ein Probelauf".Und in der Tat werden die nächsten Kriege angekündigt: Aussenminister Powell erklärte am 30. März vor dem American Israel Public Affairs Committee in Washington: „ Teheran muss aufhören, den Besitz von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme anzustreben.(...)
Syrien kann die direkte Unterstützung von Terrortruppen und des sterbenden Regimes Husseins fortsetzen oder einen anderen hoffnungsträchtigeren Weg einschlagen." (Quelle: American Dienst

Um den Weltplünderern Einhalt zu gebieten muss deutlich gesagt werden "Ein völkerrechtswidriger Krieg wird auch durch einen militärischen Sieg nicht nachträglich legitimiert" (**Attac Deutschland**). Die Forderung nach Abzug der US- und britischen Truppen aus dem Irak ist nach wie vor zu erheben; dem Gerede, wonach der Krieg vorbei wäre, ist das fortwährende Leiden der irakischen Bevölkerung unter den militärischen Angriffen und deren Folgen anzuprangern.

Den Weltplünderern Einhalt zu gebieten verlangt schließlich, sich über die Grundlinien eines effektiven Widerstands zu verständigen: **Felix Kolb und Christoph Bautz** meinen, dass die Friedensbewegung sich weltweit für eine „Uniting for peace" –Resolution der UN-Vollversammlung stark machen soll; **Peter Strutynski** vom deutschen Bundesausschuss des **Friedensratschlags** stellt sieben Vorschläge vor, darunter das Eintreten für eine allgemeine Abrüstung, die Ablehnung des Umbaus der Bundeswehr zu einer Angriffsarmee und des Aufbaus von europäischen Eingreifstruppen.
Petrella führt aus: „Was tun nach dem 11. September. einige Vorschläge",
Pelizzari entwickelt „Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung".

Die Redaktion: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac-Deutschland), Barbara Waschmann, Claus Faber (Attac Österrreich). Karin Vogt, Alessandro Pelizzari (Attac Schweiz)

Der Irak ist ein Probelauf
Frontline-Interview mit Noam Chomsky

Znet, 2. April 2003

Noam Chomsky, Universitätsprofessor am Massachusetts Institute of Technology, Begründer der modernen Linguistik und politischer Aktivist, ist heute eine Antriebskraft des anti-imperialistischen Aktivismus in den Vereinigten Staaten. Am 21. März, einem überfüllten und typischen - und einzigartigen chomsky'scher - Tag des politischen Protestes und der wissenschaftlichen, akademischen Forschung, unterhielt er sich eine halbe Stunde lang von seinem Büro aus mit V. K. Ramachandran über den derzeitigen Angriff auf den Irak.

V. K. Ramachandran: Stellt die aktuelle Aggression gegen den Irak eine Fortsetzung der internationalen U.S.-Politik der letzten Jahren dar, oder eine qualitativ neue Stufe dieser Politik?

Noam Chomsky: Sie repräsentiert eine bedeutende neue Phase. Sie ist nicht beispiellos, aber doch bedeutend neu. Man sollte sie als einen Probelauf betrachten. Der Irak gilt als ein extrem leichtes und absolut schutzloses Angriffsziel. Man erwartet - wahrscheinlich mit Recht -, dass die Gesellschaft zusammenbrechen wird, dass die Soldaten einmarschieren und die U.S. die Kontrolle übernehmen werden sowie ein Regime ihrer Wahl sowie Militärbasen einrichten wird. Danach werden sie sich den härteren Fällen, die anstehen, zuwenden. Der nächste Fall könnte die Anden-Region sein, der Iran oder andere Länder.
Der Probelauf soll einführen, was die USA als eine "neue Norm" der internationalen Beziehungen bezeichnen. Die neue Norm heißt "Präventivkrieg" (man beachte, dass neue Normen nur von den USA eingeführt werden). Als zum Beispiel Indien in den Osten Pakistans einmarschierte, um entsetzliche Massaker zu beenden, führte es keine neue Norm der humanitären Intervention ein, da Indien das falsche Land ist, und außerdem waren die U.S. völlig gegen diese Maßnahme.
Das ist kein Präventionskrieg, da gibt es einen wesentlichen Unterschied. Präventiv hat eine Bedeutung. Es bedeutet zum Beispiel, dass wenn Flugzeuge den Atlantik überfliegen um die USA zu bombardieren, die USA das Recht haben diese abzuschiessen, bevor sie die Bomben abwerfen, und möglicherweise die Luftbasen angreifen dürfen, von denen aus sie gestartet sind. Ein Präventivkrieg ist eine Antwort auf einen laufenden oder unmittelbar bevorstehenden Angriff. Die Doktrin des Präventivkrieges unterscheidet sich davon völlig; sie verkündet, dass die USA - und nur sie alleine, denn niemand anderer hat dieses Recht – sich berechtigt fühlen, jedes Land anzugreifen, von dem sie behaupten, es stelle eine potenzielle Herausforderung für sie dar. Wenn also die USA behaupten, aufgrund welcher Beweislast auch immer, dass irgendjemand sie irgendwann einmal bedrohen könnte, dann dürfen sie denjenigen angreifen.
Die Doktrin des Präventivkrieges wurde ausführlich im Nationalen Strategiebericht im letzten September angekündigt. Sie liess die ganze Welt erschauern, einschliesslich des U.S.-Establishments, wo - wenn ich das so sagen darf - die Opposition zum Krieg ungewöhnlich hoch ist. Der Nationale Strategiebericht besagte im Grunde, dass die U.S. die Welt durch Gewalt regieren werden, was die - einzige - Dimension ist, in der sie allen überlegen sind. Darüber hinaus werden sie das für eine nicht näher definierte Zukunft tun, denn wenn sich für die U.S.-Dominanz irgendeine potenzielle Herausforderung abzeichnen sollte, so werden die USA diese vernichten, bevor sie eine tatsächliche Herausforderung wird.
Dies ist der erste Grundsatz dieser Doktrin. Wenn sie mit diesen Voraussetzungen Erfolg haben werden, wie es wahrscheinlich passieren wird, weil das Angriffsziel so schutzlos ist, dann werden die internationalen Anwälte und westlichen Intellektuelle und andere beginnen, über eine neue Norm der internationalen Angelegenheiten zu reden. Es ist wichtig eine solche Norm aufzubauen, wenn man die Welt für die nächste Zukunft durch Gewalt regieren will.
Dies ist nicht ohne Präzedenzfall, aber extrem ungewöhnlich. Ich werde einen Präzedenzfall erwähnen, nur um zu zeigen wie beschränkt das Spektrum ist. 1963 hielt Dean Acheson, ein hochangesehener älterer Staatsmann und Seniorberater der Kennedy Regierung, eine wichtige Rede vor der Amerikanischen Gesellschaft für Internationale Gesetze, in der er den U.S.-Angriff gegen Kuba rechtfertigte. Bei dem Angriff der Kennedy Regierung gegen Kuba handelte es sich um großangelegten, internationalen Terrorismus und wirtschaftliche Kriegsführung. Das Timing war interessant - es passierte gleich nach der Raketenkrise, als die Welt sich am Rande eines vernichtenden Nuklearkrieges befand. In seiner Rede sagte Acheson, dass "keine Konflikte mit dem Gesetz entstehen, wenn die USA auf Herausforderungen gegen ihre Position, ihr Prestige oder ihre Autorität antworten", oder in ähnlichem Wortlaut.
Dies ist auch ein Statement der Bush-Doktrin. Obwohl Acheson eine wichtige Persönlichkeit war, war was er sagte, keine offizielle Regierungspolitik der Nachkriegszeit gewesen. Nun gilt es als offizielle Politik, und dies ist ihre erste Veranschaulichung. Sie soll einen Präzedenzfall für die Zukunft setzen.
Solche "Normen" werden nur eingeführt, wenn eine westliche Macht etwas tut, nicht die anderen. Das ist ein Teil des tiefen Rassismus der westlichen Kultur, der in Jahrhunderte des Imperialismus zurückreicht und so tief sitzt, dass er unbewusst ist.
Ich denke daher, dass dieser Krieg ein wichtiger neuer Schritt ist, und das soll er auch sein.

Ramachandran: Ist es ebenfalls eine neue Phase, dass die U.S. nicht in der Lage war andere mitzureissen?

Chomsky: Das ist nicht neu. Im Fall des Vietnamkrieges zum Beispiel versuchten die USA gar nicht erst internationale Unterstützung zu gewinnen. Sie haben aber insofern recht, als dass es ungewöhnlich ist. Es handelt sich um einen Fall, in dem die USA aus politischen Gründen entschlossen waren, die Welt zu zwingen ihre Position zu akzeptieren und es nicht geschafft haben, was sehr ungewöhnlich ist. Normalerweise beugt sich die Welt.

Ramachandran: Stellt dies somit ein "Versagen der Diplomatie" dar oder eine Redefinition der Diplomatie selbst?

Chomsky: Ich würde es überhaupt nicht als Diplomatie bezeichnen - es ist ein Versagen des Zwanges.
Vergleichen Sie es mit dem ersten Golfkrieg. Im ersten Golfkrieg zwangen die USA den Sicherheitsrat ihre Position zu akzeptieren, obwohl ein großer Teil der Welt dagegen war. Die NATO machte mit, und das eine Land im Sicherheitsrat, das dem nicht folgte - der Jemen - wurde augenblicklich und schwer bestraft.

In jedem ernstzunehmenden gesetzlichen System gelten erzwungene Entscheidungen als ungültig, aber in der internationalen Politik, die von den Mächtigen geleitet wird, sind erzwungene Entscheidungen in Ordnung - man bezeichnet sie als Diplomatie.

Das interessante bei dem Fall ist, dass der Zwang nicht funktionierte. Es gab Länder - eigentlich die meisten von ihnen - die störrisch an der Haltung der überwältigenden Mehrheit ihrer Bevölkerung festhielten.
Der dramatischste Fall ist die Türkei. Die Türkei ist ein verletzliches Land, anfällig für U.S.-Strafen und Beeinflussungen. Dennoch hielt die neue Regierung - ich denke zur Überraschung aller - die Position von etwa 90% ihrer Bevölkerung bei. Die Türkei wird hier dafür scharf verurteilt, genau wie Frankreich und Deutschland scharf verurteilt werden, weil sie die Haltung der überwältigenden Mehrheit ihrer Bevölkerung eingenommen haben. Die Länder, die gelobt werden, sind Länder wie Italien und Spanien, deren Anführer zugestimmt haben, die Anordnungen aus Washington zu befolgen - entgegen dem Widerstand von etwa 90% ihrer Bevölkerunf.
Das ist ein weiterer neuer Schritt. Ich kann mich keines anderen Falles entsinnen, in dem Hass und Verachtung für Demokratie so offen verkündet worden sind. Nicht nur seitens der Regierung, sondern auch von liberalen Kommentatoren und anderen. Es gibt nun einen ganzen Literaturzweig, der zu erklären versucht, wieso Frankreich und Deutschland, das sogenannte "alte Europa", sowie die Türkei und andere nun versuchten, die USA zu unterminieren. Es ist für die Fachgelehrten unvorstellbar, dass sie es tun sollten, weil sie die Demokratie ernst nehmen und glauben würden, dass - wenn die überwältigende Mehrheit einer Bevölkerung eine Meinung hat - die Regierung diese dann befolgen sollte.
Das ist wahre Verachtung für Demokratie. Genauso wie das, was bei der UNO geschehen ist, absolute Verachtung für das internationale System ist. Tatsächlich rufen einige nun dazu auf - das Wall Street Journal, Regierungsleute und andere -, die UNO aufzulösen.
Die Furcht vor den USA auf der ganzen Welt ist gewaltig. Sie ist so extrem, dass sie sogar in den Massenmedien besprochen wird. Der Leitartikel der nächsten Ausgabe der „Newsweek“ handelt darüber, wieso die Welt die USA so sehr fürchten. „The Post“ hatte vor ein paar Wochen einen Leitartikel dazu.
Natürlich schiebt man die Schuld dafür der Welt zu. Irgendetwas muss mit der Welt nicht in Ordnung sein, mit dem wir irgendwie fertig werden müssen. Aber auch etwas, das erkannt werden muss.

Ramachandran: Die Idee, dass der Irak irgendeine klare, unmittelbare Gefahr darstellt, ist natürlich vollkommen haltlos.

Chomsky: Niemand schenkt dieser Anschuldigung irgendwelche Aufmerksamkeit, außer interessanterweise die Bevölkerung der USA.
In den letzten Monaten hat die Medien-Propaganda der Regierung eine spektakuläre Leistung erbracht, die in den Umfragen sehr gut sichtbar ist. Die internationalen Umfragen zeigen, dass die Unterstützung für den Krieg in den USA höher als in anderen Ländern ist. Das ist jedoch völlig irreführend, denn wenn man etwas aufmerksamer blickt, findet man heraus, dass die USA sich vom Rest der Welt auch in einer anderen Hinsicht unterscheidet. Seit dem September 2002 sind die USA das einzige Land auf der Welt, in dem 60% der Bevölkerung glauben, dass der Irak eine unmittelbare Gefahr darstellen würde - etwas, das nicht einmal die Leute in Kuwait oder im Iran glauben.
Außerdem glauben jetzt etwa 50% der Bevölkerung, dass der Irak für den Angriff auf das World Trade Centre verantwortlich war. Das ist seit September 2002 passiert. Tatsächlich lagen die Zahlen unmittelbar nach dem Angriff vom 11. September bei ungefähr 3%. Die Medien-Propaganda der Regierung hat es geschafft, sie auf etwa 50% anzuheben. Wenn die Menschen jetzt ehrlich glauben, dass der Irak schwere terroristische Angriffe gegen die USA ausgeführt haben und weitere Anschläge planen, nun, in diesem Fall werden die Leute den Krieg dann unterstützen.
Das passierte wie gesagt nach September 2002. In diesem Monat begann sowohl die Medienkampagne der Regierung wie auch die Wahlkampagne. Die Bush-Regierung wäre in den Wahlen hinweggefegt worden, wenn soziale und wirtschaftliche Fragen an vorderster Front gestanden hätten. Aber sie schaffte es, diese Fragen zugunsten von Sicherheitsfragen zu unterdrücken - und die Menschen drängeln sich unter dem Schirm der Macht.

Genau so wurde das Land in den 80er Jahren regiert. Erinnern Sie sich, dass dies fast die gleichen Leute sind wie in den Reagan- und Bush Senior-Regierungen. Durch die ganzen 80er Jahre hindurch führten sie eine Innenpolitik, die der Bevölkerung schadete, und der sich, wie wir aus ausführlichen Umfragen wissen, die Leute widersetzten. Aber sie schafften es, die Kontrolle zu behalten, indem sie den Menschen Angst einjagten. So sollte die nicaraguanische Armee zwei Tagesmärsche von Texas entfernt sein und im Begriff sein, die USA zu erobern, und der Luftwaffenstützpunkt in Granada zählte zu jenen, von denen aus die Russen uns bombardieren würden. Eine Sache nach der anderen, jahraus jahrein, alle vollkommen lächerlich.
Die Reagan-Regierung rief 1985 tatsächlich den nationalen Notstand aus, aufgrund der Gefahr, die den USA seitens der Regierung Nicaraguas drohte.
Wenn jemand vom Mars aus zusehen würde, wüssten sie nicht, ob sie lachen oder weinen sollten.

Heute tun sie genau das gleiche und werden für die nächste Präsidentschafts-Kampagne wahrscheinlich etwas Ähnliches tun. Man wird einen neuen Drachen zum Erschlagen brauchen, denn wenn die Regierung den nationalen Fragen den Vorrang überlässt, steckt sie in großen Schwierigkeiten.

Ramachandran: Sie haben geschrieben, dass dieser neue Aggressionskrieg gefährliche Folgen bezüglich des internationalen Terrorismus und der Gefahr eines Nuklearkrieges haben wird.

Chomsky: Ich kann für diese Meinung keine Originalität beanspruchen. Ich zitiere nur die CIA und andere Nachrichtendienste sowie praktisch alle Spezialisten für internationale Politik und Terrorismus. Das Außenministerium, die Studie der Amerikanischen Akademie für Kunst und Wissenschaft und die hochrangige Hart-Rudman Kommission für terroristische Gefahren gegen die USA stimmen alle darin überein, dass der Krieg den Terrorismus und die Vermehrung von Massenvernichtungswaffen wahrscheinlich ankurbeln wird. Der Grund ist einfach: teils aus Rache, aber teils einfach aus Selbstverteidigung.
Es gibt keine andere Möglichkeit, sich vor einem U.S.-Angriff zu schützen. Im Grunde machen die USA diesen Punkt sehr klar und bringen der Welt eine häßliche Lektion bei.
Vergleichen Sie Nord-Korea und den Irak. Der Irak ist schutzlos und schwach; eigentlich das schwächste Regime der ganzen Region. Obwohl es von einem entsetzlichen Monster geführt wird, stellt es für niemanden eine Gefahr dar. Nord-Korea andererseits stellt eine Gefahr dar. Nord-Korea wird jedoch nicht angegriffen, aus einem ganz einfachen Grund: Es besitzt ein Abschreckungsmittel. Es besitzt eine massive Artillerie, die auf Seoul zielt, und wenn die USA es angreifen, kann es einen großen Teil Süd-Koreas auslöschen.
Was die USA den Ländern dieser Welt also sagen ist: Wenn ihr schutzlos seid, werden wir euch angreifen, wann es uns passt. Aber wenn ihr ein Abschreckungsmittel habt, werden wir uns zurückziehen, weil wir nur schutzlose Ziele angreifen. In anderen Worten, sie sagen den Ländern, dass sie besser ein terroristisches Netzwerk und Massenvernichtungswaffen entwickeln sollten oder irgendeine andere glaubhafte Abschreckung; wenn nicht, sind sie für ein "Präventivkrieg" anfällig.
Allein schon aus diesem Grund wird dieser Krieg wahrscheinlich zu einer Vermehrung sowohl von Terrorismus als auch von Massenvernichtungswaffen führen.

Ramachandran: Wie denken Sie, werden die U.S. mit den menschlichen und humanitären Konsequenzen des Krieges fertig werden?

Chomsky: Das weiß natürlich niemand. Deshalb greifen ehrliche und anständige Menschen nicht zur Gewalt - weil man das einfach nicht weiß.
Die Hilfsorganisationen und die Ärztegruppen, die im Irak arbeiten, haben darauf hingewiesen, dass die Konsequenzen sehr schwer sein können. Alle hoffen, dass dies nicht eintreten wird, aber sie könnten Millionen von Menschen betreffen. Gewalt anzuwenden, wenn eine solche Möglichkeit auch nur besteht, ist kriminell.
Es gibt bereits schon - das heißt, schon vor dem Krieg - eine humanitäre Katastrophe. Nach konservativen Schätzungen haben zehn Jahre der Sanktionen Hunderttausende Menschen getötet. Wenn es irgendeine Art von Ehrlichkeit gäbe, müssten die USA alleine schon für die Sanktionen Reparationen zahlen.
Die Lage ist ähnlich wie die Bombardierung Afghanistans, über die wir uns unterhalten haben, als sie noch in den Anfängen steckte. Es war offensichtlich, dass die USA die Folgen niemals untersuchen würden.

Ramachandran: Oder das nötige Geld investieren würde.

Chomsky: Oh, nein. Erstens wird die Frage nicht gestellt, also hat niemand eine Ahnung davon, welche Konsequenzen die Bombardierung für den größten Teil des Landes hatte. Dann wird es fast nicht mehr erwähnt, zuletzt ist es aus den Nachrichten raus und keiner erinnert sich noch daran.
Im Irak werden die USA den Anschein einer humanitären Rekonstruktion erwecken und eine Regierung einsetzen, die sie als demokratisch bezeichnen werden, das heißt die die Befehle Washingtons befolgen wird. Dann werden sie vergessen, was später passieren wird und zum nächsten Fall übergehen.

Ramachandran: Wie sind die Medien ihrem Ruf der beispielhaften Propaganda diesmal gerecht geworden?

Chomsky: Jetzt im Augenblick jubeln sie der Heimmannschaft zu. Sehen Sie sich CNN an, das wirklich abstossend ist - und so sind sie alle. Das ist in Kriegszeiten zu erwarten; die Medien verehren Macht.
Interessanter ist, was in der Vorkriegsphase passiert ist. Die Tatsache, dass die Medienpropaganda der Regierung in der Lage war, die Menschen davon zu überzeugen, dass der Irak eine unmittelbare Gefahr darstellen würde und für die Angriffe von 11. September verantwortlich sei, ist eine spektakuläre Leistung und wie ich schon sagte, sie erfolgte innerhalb von nur ungefähr vier Monaten. Wenn man die Medienleute dazu befragt, werden sie sagen, "Nun, das haben wir nie gesagt" und das stimmt, das haben sie nicht. Es gab niemals eine Aussage darüber, dass der Irak in die USA einmarschieren würde oder den Anschlag auf das World Trade Centre ausgeführt hätte. Das wurde nur angedeutet - eine Andeutung nach der anderen, bis sie schließlich die Leute dazu brachten, es zu glauben.

Ramachandran: Sehen Sie sich jedoch den Widerstand an. Trotz der Propaganda, trotz der Verunglimpfung der UNO, haben sie den Sieg nicht ganz davongetragen.

Chomsky: Man kann nie wissen. Die UNO sind in einer sehr gefährlichen Position.
Die USA könnten dazu übergehen sie aufzulösen. Ich rechne nicht wirklich damit, aber zumindest sie einzuschränken. Denn was nützen sie, wenn sie keine Befehle befolgen?

Ramachandran: Noam, Sie haben Widerstandsbewegungen gegen den Imperialismus über eine lange Zeit gesehen - Vietnam, Mittelamerika, der erste Golfkrieg. Welchen Eindruck haben Sie von dem Charakter, der Reichweite und Tiefe des derzeitigen Widerstandes gegen die U.S.-Aggression? Wir fühlen uns von den außerordentlichen Mobilisierungen auf der ganzen Welt sehr ermutigt.

Chomsky: Oh, das stimmt. Es ist mit nichts zu vergleichen. Die Opposition auf der ganzen Welt ist enorm und

beispiellos, und das gleiche gilt für die USA. Gestern nahm ich zum Beispiel an einer Demonstration in Downtown Boston teil, gleich beim Boston Common. Ich war nicht zum ersten Mal dort. Die erste Demonstration dort, an der ich eine Rede halten sollte, war in Oktober 1965. Das war vier Jahre, nachdem die USA begonnen hatten, Süd-Vietnam zu bombardieren. Halb Süd-Vietnam war zerstört und der Krieg war bis Nord-Vietnam ausgedehnt worden. Wir konnten keine Demonstration abhalten, weil es zu Handgreiflichkeiten kam - meistens von Studenten, mit Unterstützung der liberalen Presse und Radio. Menschen wurden denunziert, die es wagten, gegen einen amerikanischen Krieg zu protestieren.
Diesmal aber gab es schon massive Proteste bevor der Krieg überhaupt offiziell begonnen wurde, und noch einmal am Tag des Kriegsbeginns - und keine Gegendemonstranten. Das ist ein radikaler Unterschied. Und wenn es da nicht den vorhin erwähnten Angstfaktor gäbe, wäre die Opposition viel stärker.

Die Regierung weiß, dass sie keine langfristige Aggression und Zerstörung wie in Vietnam anwenden kann, weil die Bevölkerung es nicht tolerieren wird.
Es gibt heute nur eine einzige Art um einen Krieg zu führen: Erstens, man suche sich einen viel schwächeren Gegner aus - einen, der schutzlos ist. Dann stelle man ihn im Propaganda-System so hin, als sei er dabei, eine Aggression auszuführen oder bereits eine unmittelbare Gefahr. Als nächstes braucht man einen glänzenden Sieg. Ein wichtiges durchgesickertes Dokument der ersten Bush-Regierung in 1989 beschrieb, wie die U.S. einen Krieg führen müssen. Es besagte, dass die U.S. viel schwächere Gegner bekämpfen müsste und dass der Sieg rasch und entscheidend sein müsste, da die öffentliche Unterstützung schnell zurückgehen würde. Wir sind nicht mehr in den 60ern, als ein Krieg ohne irgendeine Opposition jahrelang geführt werden konnte.

In vieler Hinsicht hat der Aktivismus der 60er und folgenden Jahre einen großen Teil der Welt einschließlich dieses Landes auf vielen Gebieten viel zivilisierter gemacht.
.

Eduardo Galeano: Der Krieg

Ich werde neugierig sein. Mitte letzten Jahres, als dieser Krieg noch ausgebrütet wurde, erklärte George W, Bush: " Wir müssen bereit sein, in jedwedem dunklen Winkel dieser Erde anzugreifen". Der Irak ist also ein "dunkler Winkel" dieser Erde. Glaubt Bush etwa, die Zivilisation sei in Texas entstanden und seine Landsleute hätten die Schrift erfunden? Hat er niemals von der Bibliothek von Niniwe gehört, nie vom Turmbau zu Babel, noch von den hängenden Gärten Babyloniens? Kennt er nicht mal eines der Märchen aus 1001 Nacht von Bagdad?

Wer hat ihn zum Präsidenten des Planeten gewählt? Mich hat niemand an die Urnen gerufen, Sie etwa?
Würden wir einen tauben Präsidenten wählen? Einen Mann, der unfähig ist auf etwas anderes zu hören, als auf das Echo seiner eigenen Stimme. Taub gegen den Donner von Millionen und Abermillionen Stimmen, die in den Straßen der Welt dem Krieg den Frieden erklären?
Er war nicht einmal fähig, sich den liebevollen Rat von Günther Grass anzuhören. Der deutsche Schriftsteller verstand, dass Bush das Bedürfnis hatte, seinen Vater zu beeindrucken. Der empfahl ihm, einen Psychoanalysten aufzusuchen, statt den Irak zu bombardieren.

1898 erklärte Präsident William McKinley, Gott habe ihm den Befehl gegeben, die Philippinen zu behalten, um seine Einwohner zu zivilisieren und zu christianisieren. McKinley erklärte, er spräche während seiner mitternächtlichen Spaziergänge um das Weiße Haus mit Gott. Über ein Jahrhundert später erklärt Bush, Gott sei bei der Eroberung des Irak auf seiner Seite. Wann und wo ereilte ihn das göttliche Wort?
Und warum hat Gott wohl so widersprüchliche Befehle an Bush und den Papst erteilt?

Man erklärt den Krieg im Namen der internationalen Gemeinschaft, die den Krieg satt hat und, wie aus Gewohnheit, erklärt man den Krieg im Namen des Friedens.

Es sei nicht wegen des Öls, sagen sie, wenn der Irak aber Radieschen produzierte, wem würde es dann wohl einfallen, in ihn einzufallen.
Haben Bush, Cheney und die süße Condoleezza Rice tatsächlich auf Ihre hohen Posten in der Öl-Branche verzichtet? Woher kommt der Groll Tony Blairs auf den irakischen Diktator? Es wird doch wohl nicht wegen der vor 30 Jahren von Saddam Hussein verstaatlichten britischen Irak Petroleum Company sein? Auf wie viele Ölquellen hofft José María Aznar bei der bevorstehenden Beuteteilung?
Die Öl-trunkene Konsumgesellschaft hat panische Angst vor Entzugserscheinungen. Im Irak ist das schwarze Elixier am leichtesten zu fördern und womöglich sogar am reichhaltigsten vorhanden.
Auf einer Friedensdemonstration in New York fragte ein Transparent: "Warum liegt unser Öl unter ihrem Sand?"

Die USA haben für die Zeit nach ihrem Sieg eine lange Besatzung angekündigt. Ihre Generäle werden sich darum kümmern, die Demokratie im Irak zu etablieren.
Wird es eine Demokratie sein, wie jene, die sie Haiti, der Dominikanischen Republik oder Nicaragua geschenkt haben? Sie haben Haiti 19 Jahre lang besetzt und gründeten eine Militärherrschaft, die in der Diktatur François Duvaliers endete. Sie haben die Dominikanische Republik 9 Jahre lang besetzt und gründeten die Militärherrschaft, von Rafael Leónidas Trujillos.
Sie haben Nicaragua 21 Jahre lang besetzt und gründeten die Diktatur der Familie Somoza. Die Dynastie der von den Marines auf den Thron gesetzten Somozas dauerte ein halbes Jahrhundert an, bis sie 1979 vom Volkszorn weggefegt

wurde. Damals besprang Präsident Reagan sein Pferd und schickte sich an, sein von der Sandinistischen Revolution bedrohtes Land zu retten. Nicaragua, eines der ärmsten unter den armen Ländern, besaß damals 5 Aufzüge und eine kaputte Rolltreppe. Reagan aber beschwor, Nicaragua sei eine Gefahr und während er sprach, zeigte das Fernsehen eine sich von Süden her langsam rot einfärbende Karte der Vereinigten Staaten, die eine bevorstehende nicaraguanische Invasion illustrieren sollte. Kopiert Bush Reagans Panik spähende Reden? Sagt er einfach dort Irak, wo Reagan Nicaragua sagte?

Die Zeitungen titelten am Vorabend des Krieges: ”Die USA sind darauf vorbereitet, dem Angriff zu widerstehen”
Die Verkaufszahlen von Isolierband, Gasmasken und Strahlenschutztabletten explodieren...... Warum hat der Henker mehr Angst als das Opfer? Ist es auf kollektive Hysterie zurück zu führen oder erzittert er vor den Konsequenzen seines Handelns? Was ist, wenn das irakische Öl die Welt in Brand steckt? Ist dieser Krieg nicht genau jenes Vitamin, das der internationale Terrorismus benötigt?

Sie behaupten, Saddam Hussein ernähre die Fanatiker von Al Qaeda. Züchtet man Krähen, damit sie einem die Augen aushacken? Die islamischen Fundamentalisten hassen ihn. Ein Land, in dem Hollywood-Filme gesehen werden, in dem an vielen Oberschulen Englisch gelehrt wird und eine muslimische Mehrheit nicht verhindert, dass sich Christen mit dem Kreuz auf der Brust zeigen, in dem es nicht selten ist, dass man Frauen in Hosen und gewagten Blusen sieht, ist des Teufels.
Unter den Terroristen, die die Türme von NY zum Einsturz brachten war kein Iraker. Fast alle waren aus Saudi Arabien, dem weltbesten Kunden der USA. Auch Bin Laden, der, von Satelliten verfolgt zu Pferde durch die Wüste flieht und. immer bereitwillig zur Stelle ist, wenn Bush seine Dienste als professionelles Ungeheuer braucht, ist Saudi.

Wussten sie, dass Dwight D. Eisenhower 1953 erklärte, der Präventivkrieg sei eine Erfindung Adolf Hitlers? Er stellte fest: “Mal ehrlich, ich würde keinen ernstnehmen, der mir eine derartige Idee unterbreiten würde”.

Die USA sind das Land, das die meisten Waffen auf der Welt herstellt und verkauft. Sie sind auch die einzige Nation, die je Atomwaffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt hat. Und sie sind immer im Krieg gegen irgendjemand, schon aus Tradition.
Wer bedroht also den universellen Frieden?
Der Irak hat 17 UN-Resolutionen missachtet, Israel 64. Wird Bush nun seine treuesten Verbündeten ausbomben?
Der Irak wurde 1991 durch den Krieg von Bush Vater zerstört. Seitdem wird er durch die Blockade ausgehungert. Welche Massenvernichtungswaffen kann dieses massiv zerstörte Land verstecken?
Israel hält seit 1967 palästinensische Gebiete besetzt und zählt auf Atomwaffen, die im Straffreiheit gewährleisten.
Pakistan, ein anderer treuer Alliierter und notorisches Terroristennest protzt mit seiner Atommacht.
Könnte auch der irakische Feind diese Waffen besitzen? Wenn er tatsächlich welche besäße, wie Nordkorea erklärt sie zu haben, würden sie sich dann trauen, ihn anzugreifen.
Und die chemischen und biologischen Waffen? Wer hat Saddam Hussein die Anlagen zur Herstellung und die Hubschrauber zum Abwurf jenes Nervengases geliefert, mit dem die Kurden massakriert wurden? Warum zeigt Bush die Quittungen nicht?

War Saddam in jenen Jahren des Krieges gegen den Iran und gegen die Kurden weniger Diktator als heute? Sogar Rumsfeld besuchte ihn damals freundschaftlich. Warum macht man sich erst jetzt und nicht schon damals Sorgen um das Schicksal der Kurden? Und warum nur die Irakischen und nicht die noch zahlreicheren kurdischen Opfer in der Türkei?

Rumsfeld, der amtierende Verteidigungsminister kündigte an, gegen den Irak nicht-tödliche Gase zu verwenden. Werden sie so wenig tödlich sein wie diejenigen, die Putin letztes Jahr in dem Moskauer Theater verwendeten und die über 100 Geiseln das töteten?

In der UNO wurde Picassos Guernica tagelang verhängt, damit die unschöne Szene Collin Powells Hornsignal zum Kriegsbeginn nicht störte.
Angesichts der Zensur, an die sich die Kriegsberichterstatter zu halten haben, fragt sich, wie groß der Vorhang sein muss, der das Gemetzel im Irak verdecken soll?

Was wird mit den Seelen der Irakischen Opfer geschehen? Dem religiösen Berater des Präsidenten und himmlischen Haudegen Reverend Billy Graham zufolge, ist der Himmel eher klein: er misst gerade einmal 1500 Quadratmeilen. Nur wenige werden Eingang finden. Und raten sie mal, welche Nation schon fast alle Eintrittskarten gekauft hat?

Und noch eine letzte Frage, die ich John Le Carré bitte, mir auszuleihen:
"Werden sie viele Menschen töten, Papa?
- Keinen, den Du kennst, Liebling. Nur Ausländer ."

Übersetzung: Andreas Gaul Korrektur: Hartmut Brühl
coorditrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team

ATTAC Deutschland:"Propaganda verdeckt die wahren Kriegsziele"
Attac hält an Aktivitäten gegen Krieg und Besatzung fest, 10.4.2003

Frankfurt/Berlin 10.04.2003 Das globalisierungskritische Netzwerk Attac setzt die Proteste gegen Krieg und Besatzung im Irak auch nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein in Bagdad fort. "Ein völkerrechtswidriger Krieg wird auch durch einen militärischen Sieg nicht nachträglich legitimiert", sagte Barbara Fuchs von der Attac-AG Globalisierung und Krieg. "Die US-Intervention und die Besatzung bleiben ein Bruch internationalen Rechts." Zwar ist ein brutaler Diktator gestürzt worden, doch zugleich haben die US-Bombardements mit Streubomben im Sekundentakt tausende Zivilisten getötet, verwundet, obdachlos gemacht und die Infrastruktur des Landes zerstört.
Zudem warnt Attac davor, durch die Bilder jubelnder Menschen auf den Straßen in Bagdad die wahren Ziele des Angriffs der US- amerikanischen und britischen Truppen aus den Augen zu verlieren. "Wir lassen uns nicht weismachen, dass es um Menschenrechte und Befreiung ging", so Fuchs. Ziel sei vielmehr der Zugang zu Rohstoffen und Märkten und die militärische Vorherrschaft im Nahen Osten. "Die USA hatten noch nie Probleme damit, Diktatoren zu unterstützen, solange diese das US-Militär ins Land gelassen haben und ihr Öl an US-Konzerne geflossen ist." Als reine Propaganda hat sich durch den Verlauf des Krieges auch die Behauptung der USA entpuppt, dass der Irak eine Gefahr für den Weltfrieden sei, weil er über Massenvernichtungswaffen verfüge.
Die Friedensbewegung hat nach Ansicht von Attac allen Grund, ihre Aktionen für eine friedliche Welt fortzusetzen. Erste Äußerungen amerikanischer Politiker in ihrer Siegeseuphorie verstärken die Befürchtung, dass US-Präsident Bush seinen Hegemonialfeldzug im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt fortsetzen wird. Attac wird seine aktive Rolle in der Friedensbewegung fortsetzen und insbesondere solche Aktionen unterstützen, die sich gegen die Ursachen von Krieg, Terror und Gewalt richten. Barbara Fuchs: "Wir sagen Nein zur Besatzung des Irak durch US- und britisches Militär und fordern stattdessen zivile Hilfe." Unter dem Motto "Frieden statt Besatzung" ruft Attac zur Teilnahme an der Demonstration der "Achse des Friedens" in Berlin am Samstag, 12. April, auf, die sich primär gegen die Unterstützung des US- Militärs von Deutschland aus richtet.

Krieg im Irak:Die amerikanische Regierung außerhalb des Rechts
ERKLÄRUNG VON ATTAC FRANKREICH,18.3.2003

Anm. der SiG- Redaktion: Diese Erklärung wurde VOR dem Einmarsch der US-und britischen Truppen in den Irak verfasst.Trotzdem ist sie nicht veraltet, insbesondere was die Forderungen bezüglich der UNO betrifft.

Der Krieg gegen den Irak ist nur noch eine Frage von Stunden. Die amerikanische Regierung verhöhnt die Resolutionen der Vereinten Nationen, und mit der Ankündigung des bevorstehenden Angriffes auf Irak tritt sie die sechzig Jahre währenden Anstrengungen mit Füßen, eine internationale Gesellschaft zu schaffen, die sich anstatt auf Gewalt, auf Recht und Gerechtigkeit gründet.
Die Regierung Bush hat sich selbst außerhalb von Recht und Gesetz gestellt und aus der internationalen Gemeinschaft ausgeschlossen.
Attac Frankreich begrüßt alle Anstrengungen in den Vereinigten Staaten, die Protestaktionen gegen den Krieg zu vermehren, und besonders, dass hunderte von Städten und Gemeinden (darunter New York) Resolutionen gegen den Krieg verabschiedet haben. Die Vereinigung Attac versichert ihnen ihre volle Solidarität.
Attac erklärt auch ihre Solidarität mit dem irakischen Volk, das unter einer verhassten Diktatur lebt, und das das erste Opfer der angekündigten Bombardements und der Kämpfe sein wird. George Bush und seine Komparsen José Maria Aznar und Tony Blair haben die historische Verantwortung für eine humanitäre Katastrophe auf sich geladen.

Attac Frankreich fordert von der französischen Regierung, auf die Einberufung einer außerordentliche Vollversammlung der Vereinten Nationen hinzuarbeiten, wo dieser Rückgriff auf Gewalt ohne UN-Mandat verurteilt wird und Gegenmaßnahmen gegen die Aufteilung der Überreste im Nahen Osten (Erdöl, neue Modellierung der Landkarte, Neuverteilung der Herrschaft und Neugestaltung der Grenzen) ergriffen werden

Wenn die amerikanische Regierung nicht darauf verzichtet, das internationale Recht zu verletzen, müsste die Verlegung des Hauptsitzes der Vereinten Nationen aus den Vereinigten Staaten in ein anderes Land vorgeschlagen und unverzüglich geplant werden.

Die Europäische Union muss feststellen, dass entgegen der öffentlichen Meinung in ihren derzeitigen und künftigen Mitgliedsstaaten, in denen es massive Mobilisierungen gegen den Krieg gibt, die bulgarische, britische und spanische Regierung, die alle Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO sind, sich wie Vasallen einer außer-europäischen Macht verhalten. Attac ruft die Gesamtheit der Völker der Europäischen Union dazu auf, für eine wirklich europäische Zukunft Europas aufzustehen, für ein Europa, das Träger eines Projektes für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität wird.

Attac Frankreich ruft seine Mitglieder und Sympathisanten auf, sich am Abend des Kriegsbeginns an den Orten und zu den Zeiten zu versammeln, die von den Koordinatoren des Appells „Nein zum Krieg gegen den Irak. Ja zu einer Welt der Gerechtigkeit, des Friedens und der Demokratie“ vereinbart wurden. (…)

Attac, Paris 18. März 2003 www.france.attac.org
Übersetzung : Monika Bootz

Ein neues Ziel für den Protest

FELIX KOLB/CHRISTOPH BAUTZ

Die Friedensbewegung muss sich weltweit für eine "Uniting for peace"-Resolution der UN- Vollversammlung stark machen. Nur mit ihr kann man jetzt noch den Krieg stoppen

Der 20. März wird in die Geschichte eingehen. Denn an diesem Tag begannen die USA erstmals, ihren imperialen Anspruch auf die Kontrolle des gesamten Nahen Ostens mittels eines präventiven und völkerrechtswidrigen Angriffskrieges durchzusetzen. Die Abscheu und die grenzenlose Empörung über die angloamerikanische Invasion des Iraks lässt seitdem täglich hunderttausende gegen den Krieg protestieren - in Amman, Berlin, Damaskus, Paris und Mexiko-Stadt ebenso wie in London, Sydney, New York, San Francisco und Washington.

Während es niemanden verwundert, dass in den arabischen Ländern die Menschen ihrer ohnmächtigen Wut Luft machen, hat die Fortsetzung und sogar Intensivierung der Proteste in den USA die Kommentatoren überrascht. Allgemein wurde erwartet, dass die lange Serie von Demonstrationen und Aktionen in den USA zu einem raschen Ende kommen würde, sobald der Krieg beginnt. In der Vergangenheit scharten sich bisher im Kriegsfall auch die Gegner hinter dem Präsidenten zusammen.Dass dem diesmal nicht so ist, stellt nur eines von vielen Indizien dar, dass die Friedensbewegung in ihrer nie dagewesenen Stärke doch nicht so erfolglos und erst recht nicht folgenlos ist, wie es jetzt vielen erscheinen mag.

Zugegeben, wir konnten diesen Krieg nicht verhindern. Damit stehen das Ziel der Friedensbewegung und die Realität in einem Widerspruch, der scheinbar nur in der Schlussfolgerung des Versagens aufgelöst werden kann. Obwohl auf den ersten Blick einleuchtend, ist diese Schlussfolgerung falsch. Um dagegen den Einfluss der Friedensbewegung zu verstehen, müssen wir uns vorstellen, wie sich der Irakkonflikt wohl ohne die Aktionen der Bewegung entfaltet hätte. Ohne sie hätte Bush wahrscheinlich nicht versucht, ein UN-Mandat zu erlangen, und nicht den Weg für die Rückkehr der Waffeninspektoren frei gemacht.
Seine Hoffnung, eine UN-Resolution für eine Invasion zu erkaufen, zerschlug sich, weil die weltweite Ablehnung eines Irakkrieges, wie sie insbesondere bei den Demonstrationen am 15. Februar deutlich wurde, die dazu nötige Mehrheit im Sicherheitsrat verhindert hat. Ohne den Druck insbesondere der deutschen und französischen Friedensbewegung hätten Schröder und Chirac womöglich nachgegeben und der Irakkrieg würde heute unter einem von den USA erpressten UN-Mandat geführt.

Aber auch die langfristigen Implikationen des Protests sollten nicht gering schätzt werden: Die weltweite Friedensbewegung trägt dazu bei, dass die Hürde für zukünftige Militärschläge weit höher liegt. Die Pläne der neokonservativen Hardliner im Weißen Haus sind damit durchkreuzt.

Wir erleben zurzeit den Beginn jenes "worst case"-Szenarios, vor dem die Friedensbewegung immer gewarnt hat. Vieles deutet darauf hin, dass die Kampfhandlungen noch für Wochen oder gar Monate weitergehen werden. Die aktuelle Zahl der Toten und Verletzen wäre dann nur der traurige Vorgeschmack auf eine weit größere menschliche Tragödie. Die ungeminderten Proteste der Friedensbewegung sind daher zwar begrüßenswert, doch braucht der Protest neue politische Ansatzpunkte, die über ein bloßes "Nein zum Krieg" hinausreichen. Auch wenn es einigen vielleicht als utopisch erscheinen mag, wir glauben, dass es noch eine Chance gibt, diesen Krieg zu stoppen.

Der Schlüssel zu diesem Unterfangen liegt in einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, an die kürzlich auch taz-Korrespondent Andreas Zumach (taz v. 12. 3. 2003, S. 3) erinnerte:
Die als "Uniting for peace" bekannte Resolution wurde 1950 auf Druck der USA verabschiedet, um ein Veto der Sowjetunion im Korea-Konflikt im Sicherheitsrat zu umgehen. Die UN-Resolution 377 erlaubt der Generalversammlung, gemeinsame Empfehlungen abzugeben, wenn der Sicherheitsrat wegen fehlender Einstimmigkeit der Veto-Mächte nicht seine primäre Verantwortung wahrnimmt, international für Frieden und Sicherheit zu sorgen.

Zudem ist in der Resolution festgehalten, dass die UNO auch nach Ausbruch von militärischen Konflikten einen sofortigen Waffenstillstand und den Abzug von Truppen verlangen kann. Im Jahr 1956 marschierten Frankreich, Großbritannien und Israel in Ägypten ein, weil es den Suezkanal verstaatlicht hatte. Ein US-amerikanischer Resolutionsentwurf, der diese Invasion verurteilte, wurde im Sicherheitsrat von Frankreich und Großbritannien blockiert. Daraufhin wandten sich die USA mit einer entsprechenden Resolution an die Generalversammlung, die dieser zustimmte. Innerhalb einer Woche zogen sich Frankreich und Großbritannien aus Ägypten zurück.

Wie sind die Erfolgschancen für eine Resolution, die das sofortige Ende der Kampfhandlungen und einen Abzug der US-amerikanischen und britischen Truppen aus dem Irak verlangt? Bislang hat sich zwar noch keine tragfähige internationale Koalition von Staaten geformt, die bereit wäre, in der Generalversammlung eine solche Resolution einzubringen, aber das Potenzial dafür ist vorhanden. Wie das Washingtoner Institut für Politikstudien (IPS) dokumentiert hat, umfasst die so genannte "Coalition of the willing" gerade mal 46 der 191 UN- Mitgliedsstaaten. Ganz zu schweigen davon, dass selbst in diesen Staaten die öffentliche Meinung überwiegend gegen den Irakkrieg ist.

Wie sehr die USA eine derartige Resolution der Vollversammlung fürchten, lässt sich daran ablesen, dass die USA hinter den Kulissen bereits massive Drohungen gegen Länder ausgesprochen haben, die sie verdächtigen, eine solche Initiative zu unterstützen. Und selbst wenn die

Resolution, sollte es wirklich zu ihr kommen, ihre beabsichtige Wirkung verfehlt, war sie nicht umsonst. Sie würde die politischen Kosten dieses Krieges erheblich in die Höhe treiben und gemeinsam mit den Protesten der Friedensbewegung dazu beitragen, dass die Doktrin der präventiven Kriege nicht auf weitere "Schurkenstaaten" übertragen werden kann.

Zu einer "Uniting for peace"-Resolution kann und wird es aber nur kommen, wenn die Friedensbewegung in Deutschland und im Rest der Welt ihre Energien auf diese Forderung konzentriert. IPPNW, Greenpeace International und die internationale Frauenbewegung haben sich ebenso wie viele arabische Staaten diese Forderung bereits zu Eigen gemacht.

Mit einer solchen Fokussierung würde die Friedensbewegung in Deutschland zudem die rot- grüne Bundesregierung auf die Probe stellen. Diese ist gefordert, eine entsprechende Resolution - möglichst gemeinsam mit anderen Staaten - in die UN-Vollversammlung einzubringen und in einem diplomatischen Kraftakt möglichst viele Regierungen zu einer Zustimmung zu bewegen. Sollte sich die Bundesregierung gegenüber diesem Vorschlag ähnlich stur stellen wie bei der gegenwärtigen Diskussion über Awacs-Einsätze und Überflugrechte, dürfte die Schonfrist, die Schröder und Fischer derzeit bei Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbänden noch genießen, endgültig abgelaufen sein.

taz Nr. 7023 vom 5.4.2003, Seite 11,

"Fromme Wünsche" und "falsche Signale"

Friedensbewegung übt scharfe Kritik an Regierungserklärung Schröders. Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag

Auf heftige Kritik ist die Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum Irakkrieg in den Reihen der Friedensbewegung gestoßen. Der Bundesausschuss Friedensratschlag sieht darin den verzweifelten Versuch der rot-grünen Koalition, das Nein zum US-Kriegskurs in ein bedingtes Ja zu verwandeln und die Gunst der Stunde zu nutzen, um durch die Hintertür die Militarisierung der Europäischen Union voranzutreiben.

Schröders positiver Bezug zur "Herrschaft des Rechts" und zum "Gewaltmonopol der Vereinten Nationen" sind reine Lippenbekenntnisse, wenn er gleichzeitig den Rechtsbrecher USA einen schnellen Sieg in ihrem Angriffskrieg gegen den Irak wünscht. Das ist ungefähr so, als würde man einem Massenmörder eine schnelle Hand bei seinem schändlichen Tun wünschen, anstatt ihm in den Arm zu fallen.

Fromme Wünsche, die eher auf Besänftigung kritischer Stimmen in den eigenen Reihen denn auf die Politik der USA abzielen, sind auch die vier Forderungen des Kanzlers für den Nahen Osten: Die "territoriale Integrität des Irak" ist doch bereits jetzt aufs Gröbste verletzt worden, wie solle sie da "erhalten " bleiben? Die "Selbstbestimmung des irakischen Volks": Wie kann sie unter einem Besatzungsregime realisiert werden? Die Ölvorkommen sollen in irakischem Besitz bleiben! Meint Schröder, dafür hätten die USA diesen aufwändigen Krieg geführt? Im Nahen Osten müsse ein "Stabilisierungsprozess" in Gang kommen - nachdem der Krieg die Verhältnisse in der Region gründlich erschüttern wird!

Auf erbitterten Widerstand bei der Friedensbewegung stößt die Absicht der Bundesregierung, die "militärischen Fähigkeiten" der EU "weiterzuentwickeln". Die Schaffung einer "Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion", also eines neuen militärischen Bündnisses, das nicht der "Verteidigung", sondern eher der weltweiten Intervention dienen soll, ist die grundfalsche Antwort auf die gegenwärtige Weltlage. Die Folge dieser Politik wird nicht weniger, sondern mehr Rüstung, nicht weniger, sondern mehr Instabilität in der Welt sein.

Schröder sendet die falschen Signale aus, wenn er versucht, im Schatten des Irakkrieges wieder zur alten Agenda einer Militarisierung der EU zurückzukehren. Dem trotzigen Bekenntnis Schröders zur transatlantischen Partnerschaft im allgemeinen und zu den Überflugrechten im besonderen setzt die Friedensbewegung ihre Forderungen entgegen:
"- Den britischen und US-Militärflugzeugen werden keine Überflugrechte gewährt.
- Britische und US-Militärtransporte aus und nach Deutschland werden untersagt."

Beide Forderungen sind Bestandteil einer Unterschriften-Kampagne, die der Bundesausschuss Friedensratschlag vor wenigen Tagen bundesweit gestartet hat. Darin wird auch auf die Völkerrechtswidrigkeit des Irakkrieges hingewiesen - ein Punkt, über den die Regierungserklärung keine Silbe verliert. Im Appell der Friedensbewegung heißt es dazu: "Wir verlangen von der Bundesregierung, den Krieg als völkerrechtswidrige Aggression eindeutig zu verurteilen und sich aktiv für eine Resolution der UN-Generalversammlung einzusetzen, in der die Angreifer zum Rückzug aufgefordert werden und anderen Staaten jegliche direkte und indirekte Unterstützung des Krieges untersagt wird."

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski (Sprecher)
Kassel, den 4. April 2003

Irakkrieg vor dem Ende?

Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag: Militärischer Sieg, politische Niederlage für USA (Auszüge)

Pressemitteilung

Militärischer Sieg, politische Niederlage für USA
Zum absehbaren Ende des "militärischen Teils" des Kriegs gegen Irak erklärt der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Peter Strutynski:

Auch wenn es noch etwas voreilig ist, das Ende des Irakkriegs zu verheißen, dürfte die Aussicht auf ein baldiges Abflauen der Kämpfe gestiegen sein. Kaum jemand hat je bezweifelt, dass der Irakkrieg von den USA und Großbritannien militärisch "gewonnen" würde. Entgegen der bei den "Siegern" sich ausbreitenden Euphorie muss daran erinnert werden, dass es für die Nachkriegsordnung im Irak keine zufriedenstellenden Konzepte gibt. Jede Planung, an der die "Siegermächte" federführend beteiligt sind, wird sich an der harten Realität stoßen: Sowohl im Irak als auch in den meisten arabischen Staaten und in der übrigen islamischen Welt von Pakistan bis Indonesien haben die Gegner der USA Zulauf bekommen. Fundamentalistische Strömungen werden den Nahen und Mittleren Osten weiter destabilisieren. Die amerikafreundlichen Regime in Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten beispielsweise werden möglicherweise schon bald die Wut der Volksmassen zu spüren bekommen. Es ist abzusehen, dass der Angriffskrieg der USA politisch in eine Niederlage der Aggressoren und ihrer arabischen "Verbündeten" mündet.

Keine "Freude" über Sieg der Aggressoren
Das einzig Gute, was für die Friedensbewegung zählt, ist die Tatsache, dass das Morden endlich vorbei geht. Die Friedensbewegung hat aber keinen Grund, nach dem absehbaren Ende des militärischen Teils des Krieges nun mit den Wölfen zu heulen und in das allgemeine Konzert der Sieger mit einzustimmen. Wir teilen die "Freude" des Kanzlers und der CDU/FDP-Opposition ausdrücklich nicht. Wir können keine Freude darüber empfinden, dass eine Aggressionsstreitmacht einen völkerrechtswidrigen Krieg für sich entschieden hat. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung des "Aufräumens" und der humanitären Hilfe für die geschundene Bevölkerung übergehen, solange die Invasoren das Land besetzt halten und mit anderen Mächten um die Verteilung der "Kriegsbeute" schachern. Die Vereinten Nationen und die Staaten der Nein-Sager dürfen nicht den Angriffskrieg im nachhinein dadurch legitimieren, dass sie jetzt mit den Aggressoren gemeinsame Sache machen. Es ist immer gut, wenn die Waffen schweigen. Man darf darüber aber nicht das Unrecht des begangenen Krieges vergessen.
(...)

Sieben Vorschläge des Bundesausschusses Friedensratschlag

1. Das Ziel einer Beseitigung und Unschädlichmachung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme sollte nicht nur für den Irak, sondern für alle Staaten geltend gemacht werden. Waffeninspekteure also auch in die USA, nach Großbritannien, Frankreich, Russland, China, selbstverständlich auch nach Deutschland! Rüstungsproduktion und Konversion sowie Rüstungsexporte müssen wieder Thema der Friedensbewegung werden.

2. Der Demilitarisierung des Irak muss die Abrüstung anderer Länder der Region folgen. Regionale Sicherheit im Nahen Osten wird langfristig nur auf der Basis gleichberechtigter Beziehungen zwischen strukturell angriffsunfähigen Staaten (einschließlich eines palästinensischen Staates) herzustellen sein. Die enge Verknüpfung des Irakkriegs mit dem Palästinenserproblem ist von der Friedensbewegung bisher nicht hinreichend beachtet worden. Das israelisch-palästinensische Problem bleibt aber eine Schlüsselfrage für die Zukunft des Nahen Ostens.

3. Dem internationalen Recht muss wieder mehr Geltung verschafft werden. Das strikte Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen und die universellen Menschenrechte müssen von allen Staaten respektiert werden. Es gilt, die völkerrechtlichen Standards und die Institutionen der VN gegen den Generalangriff von Seiten der USA zu verteidigen. Dabei bietet das Verhalten der Mehrheit der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats in der Irakkriegsfrage einen hoffnungsvollen Anknüpfungspunkt.

4. Geht es nach dem Willen der Regierungen der führenden europäischen Staaten, so soll als Konsequenz aus dem transatlantischen Konflikt um den Irakkrieg nun der europäische Pfeiler "gestärkt" werden. Hierzu soll die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weiterentwickelt werden zu einer Europäischen "Verteidigungsunion." Der militärischen Supermacht USA ist nicht dadurch beizukommen, dass man selbst versucht, auf demselben Gebiet "gleichzuziehen". Die Friedensbewegung sähe darin eine grundverkehrte Weichenstellung. Europa braucht keine weiteren Eingreif- und Interventionstruppen; Europa braucht vielmehr politische Initiativen zur zivilen Konfliktprävention. Die Friedensbewegung muss ihre Europa-Abstinenz überwinden und sich stärker in den Prozess der europäischen Einigung und Erweiterung einmischen (Konvent, EU-Gipfeltreffen).

5. Viel stärker ins Blickfeld der Friedensbewegung muss auch die Forcierung des Umbaus der Bundeswehr zu einer Angriffsarmee gerückt werden. Verteidigungsminister Struck

will noch im Frühjahr die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) aus dem Jahr 1992 überarbeiten. Die "11 Kriterien", die er hierzu im Februar vorgelegt hat, geben die - höchst gefährliche - Richtung vor. Tenor: Verteidigung ist out - Angriff ist in! Die Friedensbewegung sollte aktuell in die Diskussion um die Novellierung der VPR einsteigen und dabei insbesondere auch die Verfassungswidrigkeit der Bundeswehrplanung betonen.

6. Es gilt, verstärkt in globalen ökonomischen und ökologischen Zusammenhängen zu denken und praktikable Alternativen zum verschwenderischen und zerstörerischen Kapitalismus zu diskutieren. Gemeinsame Diskussionsforen mit Attac-Gruppen und mit anderen globalisierungskritischen sozialen und politischen Bewegungen könnten für die Friedensbewegung eine außerordentliche Bereicherung darstellen. G-8-Gipfel (z.B. Evian im Sommer), das Europäische Sozialforum sowie das Weltsozialforum sind "Termine", die auch für die Friedensbewegung relevant werden.

7. Die Bundesregierung stellt bereits die Fallen auf, in welche die Friedensbewegung tappen soll: Nach dem Ende des Krieges müsse den Menschen geholfen werden, heißt es, und man müsse "nach vorne" blicken. Auf diese Weise soll die gründliche Aufarbeitung des Krieges verhindert und die kritische Öffentlichkeit von den relevanten weltpolitischen Implikationen der US-Aggression abgelenkt werden. Die Forderungen der Friedensbewegung richten sich demgegenüber auf die Wiedereinsetzung der Vereinten Nationen in die ihr nach der UN-Charta zustehenden Rechte. Eine politische Verurteilung des Krieges durch den UN-Sicherheitsrat bzw. durch die UN-Generalversammlung ist unbedingt erforderlich, weil der Krieg sonst nachträglich legitimiert und die neue Weltordnung nach US-Muster anerkannt würde. Die Aggressoren müssen juristisch verfolgt werden und Reparationen an den zerstörten Irak bezahlen. Eine von den Siegern dominierte Nachkriegsordnung ist abzulehnen. Da gegenwärtig aber nicht damit zu rechnen ist, dass die UN-Institutionen einschließlich der UN-Gerichte ihrer Aufgabe gerecht werden, sollte die Friedensbewegung ersatzweise über die Aggressoren zu Gericht sitzen (z.B. nach dem Vorbild des NATO-"Tribunals").

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski (Sprecher)
Kassel, 10. April 2003

Knechtische Adjektive
Maria Angeles Maeso

Verleiht das Adjektiv kein Leben, tötet es nur noch. (Vicente Huidobro)

Adjektive, die dem Substantiv „Krieg“ beigefügt werden, sind die Verräter des Friedens. Das Wort „Krieg“ ist so furchtbar bedeutungsschwer, dass es immer in seiner Blöße erscheinen sollte: Kein anderes Wort sollte ihm bei seiner Darbietung zu Hilfe kommen. Deshalb spreche ich von knechtischen Adjektiven: Weil sie sich dem Substantiv „Krieg“ beifügen lassen und etwas an dessen Bedeutung verschleiern. Was verschleiern sie? Etwas, das nur leise ausgesprochen wird, aber sauber, chirurgisch, humanitär, gerecht, schnell, präventiv ist... Das sind Adjektive, die lauter ausgesprochen werden, als das Substantiv „Krieg“, das sie ins Schlepptau nimmt.

Es gibt Wörter, wie „Krieg“, „Bombe“, „Freiheit“ oder „Gerechtigkeit“, die uns allein beim Aussprechen das Bezeichnete dermaßen deutlich und intensiv vor Augen führen, dass man sich fragen muss, warum ihnen Adjektive angehängt werden sollen, die den Krieg als „präventiv“, eine Bombe als „umweltfreundlich“, die Gerechtigkeit als „grenzenlos“, die Freiheit als „dauerhaft“ bezeichnen. Wozu sind diese Adjektive da? „Verleiht das Adjektiv kein Leben, tötet es nur noch“, ermahnt uns der Dichter. Inwiefern werden Namen mit solch stofflicher Kraft von diesen Adjektiven lebendig gemacht?

Verspürt man denn nicht wie Stiche im Gehirn beim Wahrnehmen eines dieser Wortpaare bzw. eine dieser Zusammensetzungen? „Präventivkrieg“, „dauerhafte Freiheit“, „grenzenlose Gerechtigkeit“, „umweltfreundliche Bombe“... Jeder Sprechende, der gewohnt ist, sich seiner Sprache in derer Logik zu bedienen, verspürt hier, wie der Widersinn in sein Gehirn herumbohrt. Es tut den Ohren einfach weh. Alles lässt sich aussprechen, die Wahrheit genauso gut wie die Unwahrheit. Und was ist mit der Sinnlosigkeit, fragt man sich nun: Ist der Widersinn denn semantisch akzeptabel? Befinden wir uns tatsächlich vor Unsinnigkeiten?

Die Wörter, alle Wörter, besitzen eine Bedeutung. Aber trifft das auch für jene Wortpaare bzw. Komposita zu? Wir kennen die Bedeutung dieser Namen; wir wissen, was jedes dieser Substantive und Adjektive bedeutet. Aber was passiert denn bei ihrer Verknüpfung, dass sie irgendwie nicht mehr als akzeptabel erscheinen?

„Grenzenlose Gerechtigkeit“. „Dauerhafte Freiheit“. Besitzen diese Ausdrücke einen eindeutigen Sinn?

Wenn wir „Gerechtigkeit“ sagen, stellen wir uns eine der vier Kardinaltugenden vor, diejenige nämlich, wonach jedem gegeben werden soll, was ihm zusteht oder gehört. Wir brauchen nicht, dass sie unendlich ist. Wir verstehen nicht, was diese Übertreibung soll. Das Adjektiv verleiht hier dem Substantiv eine dermaßen aufgebauschte Konnotation, dass die Gerechtigkeit wiederum geschmälert erscheint, denn eine so über die Maße gehende Gerechtigkeit ist selbstverständlich nicht mehr gerecht. Wenn der Leitspruch „grenzenlose Gerechtigkeit“ so kurzlebig war, dann eben deshalb, weil er zu überheblich klang, wie die furchtbare

vergeltungssüchtige Bestrafung Gottes. Es wurde schnell durch „dauerhafte Freiheit“ ersetzt, und das nicht etwa um zu vermeiden, dass sich die Moslems – für welche nur Allah zur grenzenlosen Gerechtigkeit fähig sei – gekränkt fühlen, denn das neue Motto verwies weiterhin auf göttliche Sphären.

Wenn wir „Freiheit“ sagen, sehen wir keine Einschränkung für ihre Ausübung. Wie kann man sie denn nun als „dauerhaft“ bezeichnen, wenn die Verknüpfung beider Wörter den Namen „Freiheit“ seines Wesens beraubt? Handelt es sich in dem Fall denn nicht um eine bedingte Freiheit?

„Präventivkrieg“, „umweltfreundliche Bombe“, „humanitäre Katastrophe“

Sind das etwa Oxymora wie diejenigen im Sonett Quevedos: „Es ist ein brennendes Eis, ein eisiges Feuer“? Nein. Das Oxymoron ist die Verknüpfung zweier gegensätzlicher Begriffe in einem Wort oder in einer Phrase, bei welcher ein neuer Sinn entsteht. Der Sinn, den Quevedo in seinem Sonett über die Liebe uns zu vermitteln gelingt, ist der des Gefühlsflusses, der in der Liebesleidenschaft zusammenströmt. Der Dichter bedient sich dieser rhetorischen Figur, um die Bedeutung eines jeden Prädikats der Liebe durch die Kombination sich widersprechender Begriffe zu erweitern. Aber: Ist eine Bedeutungserweiterung in „Präventivkrieg“ überhaupt vorhanden? Soll man ein Ereignis vorbeugen, indem man es hervorruft? Kann unser Verstand den Gedanken begreifen, einen Krieg durch Kriegsführung zu verhüten? Wenn wir „Krieg“ aussprechen, sehen wir den Tod vor unserem geistigen Auge. Kann denn jemand sich vorstellen, töten zu müssen, um den Tod zu vermeiden? Selbstverständlich nicht. Die für das Oxymoron charakteristische Bedeutungserweiterung ist weder in „Präventivkrieg“, noch in „umweltfreundliche Bombe“ oder „humanitäre Katastrophe“ zu finden. Wir haben hier einen Fall des Widersinns. Bedeutung gleich Null.

Wenn hier keine Bedeutungserweiterung besteht, handelt es sich vielleicht um einen ironischen Ausdruck? Als literarisches Mittel besteht die Ironie allerdings darin, das Gegenteil von dem, was man meint, auszudrücken. Bei den genannten Wortpaaren bzw. Wortbildungen wissen wir noch nicht einmal, was damit ausgedrückt wird. Wie soll dem Widersinn einen weiteren Sinn zugeordnet werden, wenn der erste Sinn nicht zu erfassen ist?

Es handelt sich um Verbindungen aus Wörtern, die sich gegenseitig abstoßen, wie das „runde Viereck“, von dem Ortega y Gasset sprach; um sprachliche Konstruktionen, welche die Grammatik einer Sprache zwar generieren kann, die aber semantisch unakzeptabel sind. Es sind Ausdrücke bar jeder Bedeutung, d.h. Sinnlosigkeiten. „Sensure“ ist der Name, den Bernard Noël zur Bezeichnung dieser weit verbreiteten Erscheinung, der Aufhebung allen Sinnes, prägte [1].

Kriegssprache : Es kann nur einen geben

Ein Ausdruck besitzt erst dann eine Bedeutung, wenn sein Vorkommen nicht ganz von dem Zusammenhang bestimmt wird [2]. In welchem Zusammenhang erlangen die genannten Ausdrücke eine Bedeutung? Wir haben diese Adjektive deshalb „knechtische Adjektive“ genannt, weil sie im Dienste eines militärischen Befehlshabers in den Krieg ziehen und sich dadurch dem Widersinn unterwerfen. Die Kriegsherren erschaffen eine Kriegesprache. Bei diesen widersprüchlichen, sinnlosen Wortpaaren bzw. Zusammensetzungen muss das eine Wort das andere vertilgen: „umweltfreundliche Bombe“, „humanitäre Katastrophe“, „Präventivkrieg“; die Koexistenz beider Begriife ist unmöglich. Es sind verfeindete Bedeutungen, die sich in einem heftigen Widersinn bekriegen müssen, um sich jeweils durchsetzen zu können.

Es handelt sich um eine Kriegssprache, die nach Ersetzungsmustern funktioniert: Man führt Krieg, um Frieden herbeizuschaffen; Kriege erscheinen als humanitär, sauber, präventiv; Bomben als umweltfreundlich; wenn sie ganze Landstriche verwüsten, dann heißt es, es sei ein Akt der „grenzenlosen Gerechtigkeit“... Kriegssprache: Knechtische Adjektive, die ihre eigene Bedeutung aufblähen, indem sie die des Nachbarwortes vernichten. Der Widersinn ist dermaßen heftig, dass unser Gehirn ihn nicht aushält und zieht vor, nur einen der beiden Ausdrücke zu behalten. Welchen denn? Diejenigen Adjektive, an denen Begrifflichkeiten wie „präventiv“, „umweltfreundlich“, „gerecht“ usw. haften. Obwohl das andere Wort nachhallt („War da denn nicht von einem Krieg die Rede?“), nehmen wir es nicht mehr wahr, weil die Verbindung der Bedeutungseinheit „Krieg“ mit den Adjektiven, die wir zu behalten vorzogen, unzulässig ist. Es sind, wir erinnern uns, wie Stiche im Gehirn.

Wir sagten oben: Das Substantiv „Krieg“ ist dermaßen bedeutungsschwer, dass es nicht einfach ist, es mit einem Federstrich auszulöschen. Es ist der Wahrheitsträger, es trägt eine Bedeutung, die einem Referenten bzw. Sachverhalt in der realen Welt entspricht. Und trotzdem: Sieger ist die im Adjektiv enthaltene Lüge. Denn, wem wären Kriege ohne Tote, saubere, gerechte, schnelle Kriege, denn nicht lieber als der nackte, rein dinghafte Krieg mit seinem nicht zu verheimlichenden Todesballast?
Diese Adjektive erzeugen scheinbar nur Widersinnigkeiten; tatsächlich aber dienen sie einem infamen sprachlichen Kalkül, nämlich der Verführung durch die Sprache: In ihrer Umgebung wirkt der Krieg weniger grausam, seine Wesenheit löst sich darin auf. Beim Beobachten dessen, in welcher Art und Weise sie sich wiederholen, sowie wer sie einführt, verstehen wir, was sie sind.

Das sind Stereotypen! Wir sollten beim Feststellen ihres Daseins zittern!

Wer verführt, hat es nicht nötig, zu überzeugen: Er gewinnt durch Täuschung. Zu unseren Ohren gelangen Ausdrücke, die wir nicht verstehen und trotzdem mühelos wiederholen. Jemand sagt sie uns sooft vor, bis wir das sehen, was nicht möglich ist, zu sehen, da es schlicht und einfach nicht existiert. Es gibt keine gerechten, chirurgischen, umweltfreundlichen, humanitären, präventiven Kriege... Nein. Der Widersinnigkeitsvirus wurde aber schon übertragen. So entsteht der „Gemeinplatz“. Es sind Stereotype. Sie sind unter uns. Ihr Zweck besteht in der

Vertuschung der Wirklichkeit. Das ist die Funktion der genannten Wortpaare bzw. Zusammensetzungen.

Stereotype! Das Übel einer jeden Sprache. Gleichgültig, ob an ihnen Wahrheit oder Unwahrheit haftet – Sinn und Zweck des Stereotyps, des Klischees ist das Verführen, das Sich-Behaupten ohne Überzeugen. Es zieht immer große Lügen mit sich, aber das ist nicht das Wesentliche: Sein Sinn ist doch die Vertuschung der Wirklichkeit; zu diesem Zweck bedient er sich oft der Wahrheit, einer anderen Wahrheit, welche diejenige verstellt, die vertuscht werden soll.

Sprache der Kriegsherren, die das Klischee lieben und den propagandistischen Slogan. Sprache des Befehlshabers, der den Wörtern einen knechtischen Gebrauch aufzwingen. Hitler prägte widernatürliche Wortkombinationen, wie „jüdisches Gewürm“, so dass die Deutschen beide Begriffe bald nicht mehr voneinander unterscheiden konnten. Allein aufgrund einer solch verzerrten Identifizierung von Bedeutungen kam man dazu, in einer Bevölkerungsgruppe, die nicht mehr als 1% der deutschen Bevölkerung im Jahre 1933 darstellte, den gefährlichsten Feind anzusehen. Der Faschismus liebt das Stereotyp, die Vertuschung der Realität, das Verführen durch die Lüge.

Wer kann sich dem Verführerischen dieser beiden Wörter widersetzen, fragte sich damals Pedro Salinas [3] in bezug auf den Ausdruck „neue Ordnung“, den Hitler immer wieder benutzte. Zwei verlockende Wörter, deren Verknüpfung im Dienste des größten Unheils stand. Die neuen Stereotype fußen ebenfalls auf dieser Verführungsmacht der Sprache. Wir begreifen nun, dass der in diesen Ausdrücken latente Widersinn einfach Kriegspropaganda im Dienste des Stereotyps darstellt. Und der Sinn der Sache ist nicht etwa der, uns zum Nachdenken über die Ausdrücke anzuregen, sondern uns zu verführen, damit wir woandershin schauen: Dahin, wo wir die Realität nicht erkennen können.

Unser Wunsch danach, dass der Krieg tatsächlich etwas von Prävention beinhaltet, ist so stark, dass wir uns, wenn uns die Möglichkeit seiner Erfüllung gegeben wird, sofort kooperativ verhalten. Von diesem Verlangen ausgehend, greift die Verführungsmacht des Stereotyps durch. Nur: Wer einen Krieg vorbereitet, will ihn doch nicht verhindern; die Kriegsveranstalter wollen unsere Zustimmung und beziehen dabei unseren Wunsch nach Frieden in ihren Kriegsbezeichnungen ein. So entstehen solche sprachliche Aberrationen, die in Form von Propagandasprüchen im Umlauf sind. Die Sprache wehrt sich auf ihrer Art und Weise, indem sie sich weigert, das Unvereinbare zu vereinbaren, so dass wir nur den einen Begriff behalten, nämlich eben den, der nicht existiert. Kein Sprechender soll sie weiter verbreiten, wie Cortázar (1984) fordert:

“Ich sage Freiheit, ich sage Demokratie, und sofort merke ich, dass ich diese Wörter gesagt habe, ohne ein zweites Mal über ihren tieferliegenden Sinn, ihre genauere Botschaft nachzudenken. Und ich verspüre auch, dass viele der Zuhörenden sie wiederum so empfangen, wie etwas, das droht, zu einem Stereotyp zu werden, zu einem Klischee, über welches alle einig sind. Denn das ist eben das Wesen des Klischees und des Stereotyps: den Gemeinplatz anstatt des Erlebten vorzuziehen, die Überzeugung anstatt des Nachdenkens, einen undurchsichtigen Stein anstatt des lebenden Vogels.“ [4]

Der undurchsichtige Stein des Sarkasmus

Die Wörter sollen uns weiterhin nützlich sein. Aber sie sind unfrei, sie sind die Heimstätte der Macht, sie sind der im Widersinn, im Stereotyp, im Sarkasmus verfangene Vogel. Um ihnen ihre wahre Bedeutung zurückzugeben, müssen wir in den Zusammenhang eindringen, in welchem solche widernatürliche Verbindungen erschaffen wurden; wir müssen auf der Grundlage der von ihnen dargestellten Sachverhalten herausfinden, was sich hinter den perversen Bedeutungen, die ihnen auferlegt wurden, versteckt.

Eine unwahre Aussage zum Scherz als wahr anzunehmen, das ist Ironie. Wir wissen aber alle, dass „dauerhafte Freiheit“ und „grenzenlose Gerechtigkeit“ zur Bezeichnung eines sehr ernsten Sachverhalts geprägt wurden, der den Tod Tausender Afghanen zur Folge hatte; so vieler übrigens, dass die genauen Ziffern von den USA noch immer geheimgehalten werden.

Wir wissen auch, dass es weder saubere, noch chirurgische Kriege gibt. Das sind aber genau die Adjektive, die den 1991 gegen den Irak eingesetzten Angriffen zugeordnet wurden. Und in der Tat: Alles, was wir damals an Unsauberkeit zu sehen bekommen, war eine kleine, mit Erdöl verschmutzte Ente. Jahre mussten vergehen, bis wir erfahren konnten, dass selbst das Bild mit dem Vogel eine Montage war; Jahre, bis die wahren, dantesken Gräuelbilder dieses „sauberen“ Krieges öffentlich wurden. Die Massakrierung Iraks wurde damals nicht vollendet: Es bedarf eines weiteren Krieges, nun „Präventivkrieg“ genannt, d.h. eines Krieges, den ein Staat gegen einen anderen aufgrund der Vermutung führt, Letzterer würde Angriffsvorbereitungen gegen Ersteren treffen. Die Bezeichnung „Präventivkrieg“ entpuppt sich allerdings als Sarkasmus, wenn man bedenkt, dass, als sie von den Amerikanern geprägt wurde, diese insgeheim bereits begonnen hatten, den Irak zu bombardieren.

Der Ausdruck „humanitäre Hilfe“ wäre nichts weiter, als plumpes Doppeltgemoppelt, hätte sich die NATO-„Hilfe“, welche die Unterdrückung der Kosovo-albanischen Bevölkerung durch Belgrad verhindern sollte, nicht als eine massive und wahllose Bombardierung Jugoslawiens verwirklicht hätte. Humanitäre Interventionen sollten den Opfern diktatorischer Machthaber zu Hilfe kommen, und nicht noch mehr Opfer herbeiführen. Sich auf die „Humanitas“ zu berufen, um zu töten, ist das Obszönste, Zynischste und Sarkastischste, was man sich vorstellen kann.

In ihrem Ursprung betrachtet kann kein Zweifel bestehen über die Art literarischer Figur, um die es sich hier handelt: Es ist keine Ironie, sondern Sarkasmus, also eine – in seiner etymologischen Deutung – „zerfleischender, beißender Spott“. Dieses belehrt uns über das Wissen der Griechen um die Macht der Wörter, zum Guten wie zum Schlechten: Um den Schmerz auszudrücken, der durch die Sprache zugefügt werden kann, prägten sie Bezeichnungen wie diese: „Sarkasmus“, diese bissige, gewissenlose, verletzende Variante der Ironie.

Das haben wir davon, wenn wir einen solchen Sprachgebrauch zulassen und das semantisch Unannehmbare hinnehmen.

Der lebende Vogel

Es gibt keine bessere Möglichkeit, eine Widersinnigkeit zu entlarven, als die Wörter in ihrer Nacktheit zu belassen. Je furchtbarer die Wirklichkeit sich zeigt, desto stärker sind unsere Bemühungen, sie zu verdrängen. Diejenigen, welche den Krieg veranstalten und ihn verhindern können, präsentieren ihn verschleiert, denn sie wissen, wie gefährlich es ist, die Nacktheit bei ihrem Namen zu benennen. Sie wissen, wie wir es auch wissen, dass Wörter Bilder vergegenwärtigen. Die Wörter, welche den Krieg tatsächlich benennen, wären dermaßen erschreckend, dass wir es nicht aushalten könnten. Dies würde sofort eine Gegenreaktion herbeiführen. So gewinnen sie Zeit. Diese Kriegssprache ist der Vorbote des Krieges. Kriegssprache, die den Krieg herbeiführt. Krieg in der Sprache. Das erste Opfer: die Wahrheit. Der Tod des Sinns.

Der Vogel wird wiedergeboren und lebt nochmals, wenn man diese Reise in den Ursprung, in die Nacktheit des Wortes, in seine Einsamkeit unternimmt. Nein dem Krieg, so, ohne jegliches knechtisches Adjektiv.

„Das Wort allein“, sagte T. Tzara, „ist für das Sehen ausreichend“.

Grano de Arena 179 informativo@attac.org

[1] Nöel, Bernard: La castración mental. Madrid: Huerga, 1998. - (Frz. Originalausgabe: La castration mentale. Paris: P.O.L., 1997.)

[2] Lyons, John: Introducción a la lingüística teórica Madrid: Teide, 1981, S. 427. -(Engl. Originalausgabe: Introduction to theretical linguistics. Cambridge: Cambridge Univ. Press., 1968. – Dt. Übersetzung: Einführung in die moderne Linguistik. 8. unver. Aufl. München: Beck, 1995.

[3] Salinas, Pedro: El defensor Madrid: Galaxia Gutenberg, 1991, S.305.

[4] Cortázar, Julio: La instrumentación del lenguaje. Art. 1985.

Anmerkung der Übersetzerin

Bitte beachten Sie, dass eine spanische syntaktische Verbindung von Substantiv und Adjektiv in attributiver Verwendung (z.B. „guerra preventiva“) im Deutschen oft durch ein Determinativkompositum übersetzt werden kann bzw. muss: „Präventivkrieg“ ist viel verbreiteter als „präventiver Krieg“. Der Originaltext wurde deshalb an entsprechenden Stellen erweitert, um dieser Erscheinung der deutschen Sprache gerecht zu werden.
[1] Das Adjektiv „präventiv“ kommt vom Lateinisch praevenire „zuvorkommen“, übers Französische préventif „vorbeugend, verhüttend“, auch „warnend, abschreckend“. „Sensure“ ist ein Wortspiel mit den frz. Wörtern sens „Sinn, Bedeutung“ und censure „Zensur, Aufsicht, Kontrolle“, und weiter „Verbot, Aufhebung

Übersetzung: Suzie Bartsch. Coorditrad, ehrenamtliche Übersetzer.
*02.04.03*coorditrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team

Was machen denn die USA in Afrika? Der große verheimlichte Krieg.

José García Botía*

“Das Meer umspült unsere Küsten, die Welt liegt zu unseren Füßen. Dampfkraft und Elektrizität haben Entfernungen überwunden. Die herrenlosen Länder der Erde, vor allem in Afrika, müssen den Rahmen für unsere Vorstöße und Erfolge abgeben.”*(König Leopold von Belgien, Anfang 1861)*

Während wir im Westen unsere Aufmerksamkeit auf den Irak gerichtet haben, verfolgen die Vereinigten Staaten eine in den 90er Jahren begonnene Strategie, die auf Afrika, genauer gesagt, auf die Region der Großen Seen abzielt. Was dieser Kontinent unter seiner Oberfläche birgt, ist viel, sehr viel und harrt tatsächlich noch seiner Ausbeutung. Vom Golf von Guinea bis Angola reiht sich unter dem Meeresboden eine bedeutende Kette von Ölblasen aneinander. Südlich von der Zentralafrikanischen Republik birgt das Land immense Rohstoffvorkommen.

Während die Kriege in Afghanistan oder im Irak im Fernsehen gezeigt werden und zu den täglichen Nachrichten gehören, werden die Kriege in Afrika völlig ignoriert (es sei denn, es werden menschenunwürdige Gräueltaten gezeigt.) Von größter Bedeutung in diesem Zusammenhang sind die Kriege in Angola und in der Region der Großen Seen. Bei letzterem geht es vor allem um die Demokratische Republik Kongo (das frühere Zaire des Diktators Mobutu.) Das Land besitzt geradezu atemberaubende Mengen Gold, Diamanten, Kupfer, Kobalt, Mangan, Zink, Cadmium, Silber, Uran und andere seltene Mineralien, die strategisch wichtig sind, wie z.B. Coltan, Cassiterit, Europium, Thorium, Niob und Pyrochlor. Zum Beispiel liegt der Weltdurchschnitt der Goldextraktion pro Tonne geräumten Erdreichs bei 11 Gramm. In weiten Gebieten im Osten Kongos dagegen liegt er bei 6 bis 7 kg. Manchmal liegt der Ertrag sogar bei 16 kg.

Nach einschlägigen Berechnungen könnten mit dem Erlös von nur der Hälfte der Goldvorkommen der Mine von Sezere die gesamte Auslandsverschuldung Kongos bezahlt werden. Die Kupfer -und Kobaltreserven der Mine von Kolwesi werden auf einen Gegenwert von 16 Milliarden Dollar geschätzt. Coltan ist ein auf dem Planeten seltenes Erz, das aus Columbit und Tantalit besteht. Tantalit hat ebenso gute Antikorrosionseigenschaften wie Glas, es ist extrem hitzebeständig, sehr leicht und außerordentlich leitfähig. Verwendet wird es bei der Herstellung von Mobiltelefonen, Satelliten, Kernreaktoren, Raketen und bei einigen Bauteilen von Raumfähren. Bis vor kurzem wurde es in Thailand, Kanada, Brasilien, Bolivien und Australien abgebaut. Aber seitdem Vorkommen in sehr hohen Konzentrationen in der DR Kongo entdeckt wurden, wird heute der größte Anteil der Weltproduktion im Kongo gewonnen. Die erwähnten Bodenschätze konzentrieren sich vor allem im Osten Kongos . Darüber hinaus ist die zentrale Lage der DR Kongo auf dem afrikanischen Kontinent von großer strategischer Bedeutung, abgesehen von seiner territorialen Ausdehnung: es ist z.B. fünfmal so groß wie Spanien und hat mit 9 anderen Ländern eine gemeinsame Grenze. Somit ist die Kontrolle über die DR Kongo der Schlüssel zu Afrika südlich der Sahara.

Seit einiger Zeit haben es die Amerikaner auf den Kongo abgesehen, ohne dass die Weltöffentlichkeit darüber informiert wird, was in dieser Region passiert; es sei denn, es passt ihnen in den Kram. Gegebenenfalls werden dann auch schon mal Lügen verbreitet. Dann werden Geschehnisse aus dieser Region plötzlich zu Weltnachrichten, die bestimmte Vorstellungen im kollektiven Unterbewusstsein festigen, wie z.B. die Massaker der Tutsis durch die Hutus, die uns auf die Gedanken bringen sollen, dass der Ursprung allen Unglücks und Gräuels der Region in ethnischen Kriegen liegt. Als ob zwei Ethnien, die Jahrhunderte auf dem selben Territorium zusammengelebt haben, plötzlich verrückt geworden wären. Die Planung der Vorgehensweise in dieser Region und die strategischen Mittel, die von den Vereinigten Staaten und einer Gruppe multinationaler Konzerne eingesetzt wurden, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Es ist ihnen unter anderem gelungen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass in Ruanda irrationaler Hass zwischen Hutus uns Tutsis herrscht; dass der einzige Völkermord, den es gegeben hat der von den Tutsis 1994 war; dass man über die Invasion des Ostens Kongos seit dem Sommer 1998 durch die Alliierten der USA ,d.h. Uganda, Ruanda und Burundi nichts zu wissen braucht. Dies alles trotz der Tatsache, dass wir es hier mit einem barbarischen und grausamen Krieg zu tun haben, der bis heute 3,5 Millionen Menschen das Leben gekostet hat und den man auch den afrikanischen Weltkrieg genannt hat. Den USA ist es gelungen, alle Schritte zu blockieren, die von der UNO eingeleitet wurden, um Frieden in dem Gebiet zu schaffen und die Hutu-Tutsi-Massaker, sowie die gewaltsamen Übergriffe auf die Kongolesen, zu verhindern. Dagegen haben sie es nicht vermocht, zu verhindern, dass eine von der UNO in die DRKongo entsandte "Expertengruppe" aufschlussreiche Berichte verfasste, aus denen klar und gut belegt hervorgeht, dass das einzige Ziel des Überfalls auf den Kongo die Plünderung seiner natürlichen Reichtümer war. Anschließend ist es ihnen aber doch noch gelungen, die von der Expertengruppe vorgeschlagenen UN-Maßnahmen zu verhindern, weil diese zur Beilegung des Konfliktes hätten führen können, wie z.B. Handelsembargos auf Gold, Diamanten, Coltan und Waffenlieferungen in die Region. Der Bericht S/2001/357 der Vereinten Nationen belegt diese Tatsachen – obwohl auch dieses wichtige Dokument nicht über alle Zweifel erhaben ist. Darin enthalten ist zwar eine ausführliche Studie des Konflikts; aber in der Liste der Länder, die am illegalen Handel mit den o.e. Erzen erscheinen seltsamerweise nur europäische Firmen aber keine einzige amerikanische. Es ist ihnen gelungen, in der DRKongo L. D. Kabila als zeitweiligen Alliierten an die Macht zu bringen, um ihn später als er ihre Interessen nicht mehr ausreichend bediente "ermorden zu lassen". Schließlich haben sie es geschafft, dass nichts darüber an die Öffentlichkeit gelangte und somit für die Medienkonsumenten des Nordens keine Bedeutung hatte.

Was Angola betrifft, ist es schon merkwürdig, dass ausgerechnet jetzt, nach 30 Jahren Krieg zwischen der UNITA von Jonas Savimbi und der Regierung von José Eduardo dos Santos Frieden geschlossen wurde. Die Vereinigten Staaten hatten die UNITA unterstützt, Cuba und die ehemalige UdSSR die angolanische Regierung. Die Haupteinnahmequelle der Regierung war das Erdöl, die Diamanten die der UNITA. Die Dynamik bestand darin, dass, solange es Diamanten und Erdöl gab, beide Banden weiter Waffen kaufen konnten und, da keine dieser Quellen jemals versiegte, auch der Krieg nie zu einem Ende kam. Als die Sowjetunion zusammenbricht, geht der Krieg in Angola jedoch weiter... Im Februar 2002 bekommt der Präsident Angolas dann einen Termin bei G. W. Bush im Weißen Haus (das Datum wurde im September 2001 festgelegt) und, welch ein Zufall: jetzt kann der Mossad den Regierungstruppen plötzlich den genauen Aufenthaltsort von Savimbi nennen und das nur wenige Tage bevor Eduardo dos Santos den Flug zum Weißen Haus antritt.
Die programmatischen Worte Bushs lassen an Klarheit nichts zu wünschen übrig: *"Frieden im Tausch gegen Diamanten und Steigerung der Ölförderung!"*. Dos Santos musste es akzeptieren, denn mit der Einkehr des Friedens in Angola steigt die Ölförderung rapide an (die Tagesproduktion wird voraussichtlich bald 1,5 Millionen Barrel betragen). Vor den Angriffen auf Irak und Afghanistan haben die Vereinigten Staaten eine Reihe vorbeugender strategischer Maßnahmen getroffen, um ihren Erdölkonsum zu sichern: der versuchte Staatsstreich in Venezuela, der o.e. erwähnte Frieden in Angola, die Steigerung der Ölförderung in Äquatorial-Guinea, die Anstrengungen, um bald zu einem Friedensabkommen im Sudan zu kommen...

Und für all dies ist es gut, dass die Konsumenten des Nordens sich keine Gedanken machen und nur weiter konsumieren.

* Solidaritätskomitee für Schwarzafrika

Aus "Grano de arena" 185, 28.3.2003
www.umoya.org

Übersetzung: Helga Heidrich/Harmut Brühl.
coorditrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team

KRITIK DES WETTBEWERBS: Die Ideologie des Wirtschaftskrieges und des sozialen Überlebens der Besten im Lichte des 11. Septembers

von Riccardo Petrella*, Brüssel, am 17. Dezember 2001

▪ Vom Mittel zum Zweck

Es gibt Wörter, die zu einem bestimmten Zeitpunkt alles beherrschen. Zu Recht oder zu Unrecht. Dies trifft auch auf das Wort „Wettbewerb" zu. Die Ideologie und die Praktiken, die von diesem Begriff ausgehen und in Zusammenhang damit stehen, zeigen verheerende Auswirkungen.

In der Wirtschaftstheorie ist der Wettbewerb im Prinzip nur ein Verhaltensmodus derjenigen, die in einem der miteinander konkurrierenden Märkte (im Gegensatz zu den so genannten oligopolistischen und monopolistischen Märkten) tätig sind, wobei jeder der Beteiligten, besonders das Unternehmen, danach strebt, sich – unter Einhaltung der vorgegebenen Regeln und unter den vermeintlich gleichen Bedingungen für alle – vorteilhafte Positionen in diesem Wettbewerb zu sichern.

Tatsächlich aber ist der Wettbewerb von nun an weit mehr als nur ein Verhaltensmodus. Er ist mittlerweile kein „Mittel zur Existenz" mehr. Er ist zum obersten Ziel aufgestiegen, und das nicht nur bei den Unternehmen, sondern auch beim Staat und der gesamten Gesellschaft.

Für Industrielle und Financiers ist die Wettbewerbsfähigkeit zum kurz- und mittelfristigen Hauptziel geworden; langfristiges Ziel und „Raison d´être“ eines Unternehmens ist immer noch die Rentabilität. Bei den staatlichen Behörden hat man die Wettbewerbsfähigkeit des Landes (der Nation) zum strategischen nationalen Ziel ersten Ranges erhoben, mit dem Souveränität, Unabhängigkeit und Autonomie des Landes, seine internationale Position gegenüber dem Weltkapital, Beschäftigungspolitik, Zugang zur Welttechnologie, Finanzierung der nationalen Solidarität und Erhaltung des sozialen Friedens gesichert werden soll.

Das Gebot des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen und den Nationen hat das Denken, die Strategien und die Entscheidungen der Bildungsminister, der Universitätsleiter, der Gewerkschaftsführer, Parlamentarier und Bürgermeister, der TV-Produzenten und Journalisten stark geprägt und bestimmt sie auch weiterhin. Kurz, die Wettbewerbsfähigkeit ist zu einem Glaubensbekenntnis geworden, zum neuen Evangelium jener Bevölkerungsgruppen, die heute über die Welt herrschen.

▪ Die Ideologie des Wettbewerbs vor dem 11. September 2001

Die Ideologie des Wettbewerbs vor dem 11. September lässt sich auf einige wenige, sehr simple Vorstellungen reduzieren: Wir alle stecken, so behauptet man, in einem unerbittlichen technologischen, industriellen und wirtschaftlichen Krieg auf globaler Ebene. Ziel ist es, zu überleben und nicht „unter die Räder zu kommen“. Das Überleben erfolgt über den Wettbewerb; ohne ihn gibt es kurz- oder langfristig kein Heil, kein Wachstum, kein wirtschaftliches und soziales Wohlergehen, keine Autonomie, keine politische Unabhängigkeit. Die wichtigste Aufgabe des Staates, der Schule, der Gewerkschaften, der Städte usw. ist es, für Unternehmen die günstigsten Bedingungen zu schaffen, um in diesem globalen Krieg wettbewerbsfähig zu sein (zu werden oder auch zu bleiben).

Der Wettbewerb hat bereits seine Evangelisten, Theologen, Priester und, wohlgemerkt, auch seine Gemeinde gehabt: Die weichgepredigte öffentliche Meinung.

Die wichtigsten **Evangelisten** waren einige Dutzend Wirtschaftswissenschaftler und international renommierte Experten, die in den USA, in Europa und in Japan behaupteten, die „natürlichen Gesetze“ der modernen Wirtschaft – der so genannten „Marktwirtschaft“ – entdeckt zu haben und alle möglichen von philosophischen und wissenschaftlichen Theorien entlehnten Zutaten darunter mischten, die zu Recht oder zu Unrecht mit Hobbes

---

* Professor an der Katholischen Universität von Louvain (Belgien) und Berater der Europäischen Kommission (Brüssel)

(„Der Mensch ist des Menschen Wolf“), Darwin („die natürliche Auslese“), Spencer („die Auslese nach den Geeignetsten“), Nietzsche („die Bedeutung des Helden“) in Verbindung gebracht wurden.

Die Zahl der **Theologen** stieg in den 80er Jahren stark an: Ihnen verdanken wir jede Menge Werke und Aufsätze, die Organisation von Hunderten von Konferenzen und Seminaren, die Erklärungen auf die Frage geben, warum der Wettbewerb nicht nur Unternehmen (Mikro-Wettbewerb), sondern die Welt und ihr gesamtes System (Makro-Wettbewerb) betreffe. Und wieder stammt der Großteil der Theologen aus den Vereinigten Staaten. Zu den großen „Kirchenfürsten“ zum Beispiel zählt man Michael Porter, einen der Verfasser der „Summa theologica“ über die Wettbewerbsfähigkeit (The Competitive Advantages of Nations).[1] Denen zufolge verhält es sich mit der Wettbewerbsfähigkeit wie mit der Gnade: Man hat sie oder man hat sie nicht. Sie ist nicht teilbar. Wer sie besitzt, wird gerettet. Wer die Sünde begangen hat, nicht wettbewerbsfähig zu sein, ist zum Scheitern verurteilt.

Die **Priester** des neuen Kultes sind weltweit zu mehreren Zehntausend vertreten. Man findet sie überall: in den Universitäten wie in den Parlamenten, in der Londoner City wie im Internationalen Währungsfonds und in Sao Paolo, bei Europäischen Kommission sowie in Industrie- und Handelskammern in Lyon, Valencia, Mailand, ja sogar innerhalb der Gewerkschaften. Die Unternehmens- und Managementberater gehören zu jener Kategorie des Heeres der Priester, die am besten für die Überzeugungsarbeit ausgebildet wurden, was auch ihren rasanten Zuwachs an Zahl und „politischer“ Glaubwürdigkeit innerhalb der letzten zwanzig Jahre erklärt.

Das kollektive Betreiben des Wettbewerbskultes wollte sich auf ein „wissenschaftliches“ Werkzeug gestützt sehen: dem World Competitiveness Index (WCI). Der WCI wird seit einigen Jahren von einer privaten Schweizer Institution erstellt, dem World Economic Forum (Weltwirtschaftsforum), mit Hilfe des Institute for Management Development (Institut für die Management-Entwicklung) in Lausanne[2]. Der WCI hat bisher die gleiche Funktion erfüllt wie die ATP-Reihung der Tennisspieler: Jedes Jahr werden die Spieler nach ihrer Wettbewerbsfähigkeit aufgelistet; sie erhalten Pluspunkte und Minuspunkte. Zahlreiche Regierungen haben dem WCI sehr große Bedeutung beigemessen. Das markanteste Beispiel ist Spanien zur Zeit des sozialistischen Premierministers Felipe Gonzales. Sein Argument für den von ihm propagierten neuen Sozialpakt war die Behauptung, dass Spanien, das im WCI an 23. Stelle stand, so wieder unter die ersten zehn aufsteigen würde!

▪ Die Litaneien der Heiligen Dreifaltigkeit LI-DE-PRI

Als die westlichen Wirtschaftssysteme immer mehr in die strukturelle Krise der Arbeitslosigkeit schlitterten und die als „sozialistisch“ bezeichneten Länder mit Riesenschritten in Richtung Marktwirtschaft marschierten, begann eine lange Litanei von immer „heiligeren“ Worten die Rhetorik des Wettbewerbsevangeliums zu festigen und zu bereichern. Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung, Produktivität, Flexibilität, Leistungsstärke, Mobilität ... Begriffe, die um den Gott Wettbewerb auf dem Altar der großen Kirche der Wirtschaft aufgereiht wurden, wo jeden Tag, zu jeder Stunde, die Wunder des Wettbewerbs gefeiert und erfleht werden.

Im Verlauf der 90er Jahre ist die Welt zu einer Bühne geworden, auf der die Religion der kapitalistischen Wirtschaft im Namen der Heiligen Dreifaltigkeit LI-DE-PRI (Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung) gepriesen wird (siehe Abb. 1, eine anschauliche Darstellung der „neuen Theologie der kapitalistischen Weltwirtschaft“).

Trotz alledem ist es traurig zu beobachten, wie einfalls- und fantasielos die von den westlichen Regierungen und den großen internationalen, zwischenstaatlichen Organisationen versprochenen Wachstumspläne und beschäftigungspolitische Strategien sind, deren Ergebnisse praktisch null waren.

---

[1] M.E. Porter, *The Competitive Advantage of Nations,* The McMillan Press Ltd, 1992

[2] Der WCI erfasst 34 Länder nach 330 Kriterien und beansprucht, Aufschluss über die Wettbewerbsumgebung und die Aggressivität der Unternehmen auf globaler Ebene zu geben.

„DIE NEUE WIRTSCHAFT“ als NEUE („katholische“) UNIVERSALTHEORIE

DAS FUNDAMENT
GOTT= DAS KAPITAL
DER SOHN= DAS UNTERNEHMEN
DER HEILIGE GEIST = DER MARKT

DIE NEUE ARCHE NOAH
DER GLOBALE MARKT

DIE SECHS GEBOTE DER NEUEN ALLIANZ
- Du sollst die Globalisierung nicht stoppen; sie ist unabwendbar.
- Du sollst alle Märkte liberalisieren. Die Geschichte schreitet unaufhaltsam auf die Entstehung eines einzigen weltweiten Marktes zu.
- Du sollst dem Staat nicht mehr die „politische“ Regelung des Marktes überlassen. Es gilt, die Weltherrschaft zu unterstützen.
- Du sollst alles privatisieren, was privatisierbar ist.
- Du sollst ein ständiger Erneuerer der Technologie sein. Wissenschaft und Technologie sind aller Dinge Anfang.
- Du sollst der Beste sein, der Gewinner, der Wettbewerbsfähigste. Wettbewerbsfähigkeit ist der Schlüssel zu Deinem Heil.

DIE HEILIGE DREIFALTIGKEIT
LIBERALISIERUNG
DEREGULIERUNG
PRIVATISIERUNG

PFINGSTEN
DIE TECHNO-LOGIE (der universelle Logos)

DIE GNADE
DIE RENTABILITÄT

DAS HEIL
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

DIE SÜNDE
SICH DEM OLIGOPOLISTISCHEN WELTMARKT NICHT UNTERZUORDNEN

DIE GROSSEN THEOLOGEN
A. SMITH, D. RICCARDO
(von den am häufigsten zitierten)

DIE NEUEN EVANGELISTEN
DIE GURUS DER GROSSEN UNIVERSITÄTEN UND UNTERNEHMENSDIENSTLEISTER DER USA, EUROPAS UND JAPANS (die „Berater“ genannt)

DIE AUSBILDUNGSSTÄTTEN FÜR PRIESTER
DIE SCHULEN FÜR MANAGEMENT, BUSINESS UND VERWALTUNG

DIE ORTE, AN DENEN TÄGLICH DIE NEUE LEHREVERKÜNDET WIRD
FINANCIAL TIMES, THE WALL STREET JOURNAL, MUNDO, THE ECONOMIST, IL SOLE 24 ORE, LE FIGARO, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG; CNN, O GLOBO, THE GLOBE AND MALL, THE INDIAN ECONOMIC TIMES

.

Durch das ständige Anrufen des Gottes Wettbewerb und der Heiligen Dreifaltigkeit LI-DE-PRI ist der Chorgesang nur mehr von Monotonie gekennzeichnet und Orientierungssinn und Kreativität sind vollständig verloren gegangen. Die stumpfe Wiederholung der aktuellen Litaneien hat sämtliche Innovationsquellen in den reichsten, mächtigsten und „am höchsten entwickelten" Gesellschaften der Welt versiegen lassen und zu wachsender Verarmung und Unterwerfung der so genannten „unterentwickelten" Länder beigetragen

Und so kam es, dass die „entwickelten" Länder so sehr in ihre monotone Partitur vertieft waren, dass sie nicht mehr mit dem Rest der Welt zu kommunizieren vermochten. Sie wussten ebenso nicht mehr, was sie der Jugend, den Langzeitarbeitslosen, den Arbeitslosen über 50 Jahren in ihrem eigenen Land sagen sollten, ebenso wenig wie den Hunderten Millionen Menschen ohne Arbeit in Afrika, in Asien und in Lateinamerika. Das einzige, was sie besonders den armen, wirtschaftlich schwachen und „unterentwickelten" Ländern mitzuteilen vermochten, war: „Werdet wettbewerbsfähig", und „Fügt euch den Regeln der Marktwirtschaft". Dann widmeten sie sich wieder ihren eigenen Angelegenheiten, ihren eigenen Märkten und ihrer eigenen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Folgen einer Wettbewerbs-Ideologie und -Politik

Eine **erste Folge** war die Tatsache, dass **die Beziehungen zwischen Unternehmen, wirtschaftlichen Akteuren, Städten und Staaten immer mehr in kriegerischen Begriffen definiert wurden**. Der Blickwinkel der globalen Wirtschaft, die eine solche Ideologie förderte und aufdrängte, war ausgesprochen beschränkt: Die Unternehmen wurden als Armeen gesehen, die im Kampf um die Eroberung der Märkte und für die Verteidigung der erreichten Position aufeinander treffen.

Ihre Führungskräfte wurden in den Rang von Generälen und Strategen gehoben. Alle Mittel waren in diesem Kampf recht: Forschung und Entwicklung, Patente, staatliche Hilfen, Finanzspekulation, Preisdumping, Verlagerung von Produktionseinheiten, Fusionen und Käufe. Dieses Kriegsdenken hat sich sogar die Begriffe einer Partnerschaft einverleibt: Die Kooperation ist zu einem Instrument der Wettbewerbsfähigkeit geworden. Das ist der Sinn der großen Wellen von Allianzen und „strategischen" Übereinkünften zwischen europäischen, japanischen und amerikanischen Unternehmen, die den Internationalisierungs- und Globalisierungsprozess der Unternehmen und Volkswirtschaften ebenso wie die interne Organisation der Unternehmen[3] und die Beziehungen zwischen globalen Unternehmensnetzwerken und „lokalen" Staaten erschütterten. In diesem kriegerischen Klima war der Druck, der auf die „Ressource Mensch" (welch ein entsetzlicher Begriff, muss man doch von der „menschlichen Person" sprechen!") ausgeübt wurde, enorm: Jeder Angestellte, jeder Arbeiter steckt – um den Preis eines beachtlichen Stresses – in einem permanenten Überlebenskampf, der dem Zwang von Umsätzen oder Profitraten, die das Unternehmen festlegte, untergeordnet ist**.**

Eine zweite Folge war eine **Reduzierung der Rolle des Staates**. Die Rolle des Staates wurde in den Gedanken und Visionen der Akteure in Wirtschaft und Politik und der breiten Öffentlichkeit auf ein riesiges juristisches, bürokratisches und finanzpolitisches System reduziert, das in den Dienst der Unternehmensperformance gestellt wurde.

Der Staat ist nicht mehr die politische Verkörperung des gemeinsamen öffentlichen Interesses. Er wurde auf das Niveau eines Beteiligten unter vielen deklassiert, dessen Auftrag darin besteht, die für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen vorteilhaftesten Bedingungen zu schaffen[4]. Der Staat ist nicht mehr der Förderer und Garant des Gemeinwohls. Letzteres wurde im Übrigen im Vergleich zu den riesigen Firmen abgewertet, welche von der politischen Klasse selbst als die Hauptakteure und -verantwortliche für den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand der Bevölkerung angesehen werden[5].

Die dritte Folge ist die direkte Konsequenz aus den zwei ersten: es ist die **beträchtliche Schwächung der Demokratie.**

Indem die Führungsschicht das Prinzip akzeptierte, dass es die Unternehmen sind, die im Zusammenhang mit der Globalisierung der Finanzmärkte, der Produktion, der Unternehmen und des Konsumverhaltens[6] die Prioritäten festlegen müssen und können in Sachen Investitionen, Auswahl der Produkte und Dienstleistung, Optimierung der

---

[3] Vgl. die bereits im Jahr 1990 erstellten Analysen von J. Howell, D. Charles und M. Wood, The Globalisation of Production and Technology, Forschungsbericht für FAST, Europäische Kommission, Brüssel, Mai 1991, 171 S.

Produktionsstandorte usw., hat sie die Macht der Regierungen über die globale Wirtschaft den privaten Wirtschaftskräften übergeben und dadurch den staatlichen politischen Subjekten jede reelle autonome Macht genommen.

Natürlich bleibt immer noch beträchtliche Macht in der Hand der nationalen, regionalen und lokalen politischen Institutionen, aber sie ist nunmehr im Vergleich zur politischen Macht der privaten Subjekte untergeordneter Natur. Die Globalisierung der heiligen Dreifaltigkeit LI-DE-PRI hat die Privatisierung des Politischen geheiligt und die formellen Strukturen der repräsentativen Demokratie (nationale Parlamente, regionale Parlamente, Gemeinderäte) zu Diskussionszirkeln reduziert, deren regulative Macht rein formellen Charakter hat.

Die vierte Folge hängt mit dem Verlust der Macht des Staates zusammen, die Politik zu regulieren und das Allgemeinwohl zu definieren und zu fördern. Es handelt sich um **die Legitimierung des durch das Evangelium der Wettbewerbsfähigkeit herbeigeführten Ausschlussprinzips**. Im Prinzip sind alle zur Mahlzeit eingeladen, aber das Gesetz des Wettbewerbs bewirkt, dass nur eine Hand voll Individuen, Gruppen, Regionen oder Länder – nämlich diejenigen, die in der Lage waren, diese Gnade zu erreichen, weil sie wettbewerbsfähiger waren als die anderen – an der Tafel Platz nehmen dürfen. Daher also eines der Paradoxa eines auf wettbewerbsfähige Märkte ausgerichteten Kapitalismus: Je mehr die Wettbewerbsfähigkeit die Ausgrenzung steigert, indem sie die Zahl der Marktteilnehmer senkt, umso mehr verlieren die Märkte ihren Wettbewerbscharakter und hindern die Wettbewerbsfähigkeit daran, eine der möglichen Verhaltensweisen der politisch Handelnden zu sein. Daher auch die Falle, in die man die Bildung eingesperrt hat. Diese wurde zu einem Instrument zur Selektierung der Besten und damit zur Legitimierung sozioökonomischer Ungleichheiten, die mit ungleichem Leistungsvermögen im (Aus-) Bildungsweg verbunden sind[7].

Das Phänomen der Ausgrenzung betraf und betrifft ganze Länder, ja sogar Kontinente (wie Afrika), sei es weil Letztere keine großen Märkte darstellen, sei es weil sie „kulturell“ nicht in der Lage sind, der Entwicklung zu folgen. Die Wettbewerbsfähigkeit machte so die Tatsache gesellschaftsfähig, dass die „Wahrheit“ auf der Seite des technologisch, industriell und wirtschaftlich Stärkeren ist. Indem sie der Leistungsstärke den absoluten Vorrang gab, legitimierte sie die Beibehaltung struktureller Ungleichheiten zwischen Individuen, sozialen Gruppen, Regionen und Ländern[8]. Die Idee, dass der Bruch zwischen den entwickelten Länder im Norden (und der wenigen nördlichen Enklaven im Süden) und dem Rest der Welt unvermeidlich war und bleibt, hat im Rahmen der kapitalistischen, auf Wettbewerb ausgerichteten Globalisierung[9] seine völlige Rechtfertigung und Legitimation gefunden. Das strukturelle Anwachsen der Arbeitslosigkeit stellt die bedeutsamste und eklatanteste Form des Ausgrenzungsprinzips dar. Es führte zu einem Abbau des Sozialstaates (Welfare State), der die Grundlage der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung der europäischen und westlichen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg[10] bis zu den 70er Jahren war. Seitdem war in unseren Ländern die massenhafte Rückkehr von neuen Formen der Armut nur „logisch“.

Die Krise der Vollbeschäftigung, Explosion von Armut und sozialer Ausgrenzung, zunehmende Bereicherung einer Minderheit, Abbau des Sozialstaats**:** Hier finden wir die großen gesellschaftlichen Veränderungen, die ihre „Gründe“ und ihre „Legitimität“ im Rahmen des wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeitskrieges der kapitalistischen, deregulierten und privatisierten Marktwirtschaft gefunden haben. Das Weißbuch der Europäischen Kommission über die Wettbewerbsfähigkeit, der Beschäftigungsanstieg (1994), der deutsche Zehnjahresplan für die Zukunft der deutschen Wettbewerbsfähigkeit, der spanische „Sozialpakt“ für Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit, die drastischen Maßnahmen, die die Regierung der Niederlande zur Wiederherstellung

---

[4] Zu der neuen Allianz zwischen Unternehmen und Staat vgl. R. Petrella, „La Mondialisation de l'économie“, in: *Futuribles*, Nr. 1989, Paris, und, allgemeiner, R. Petrella, „L'Auto-dépossession de l'Etat“, in: Philippe de Woot und Jacques Delcourt (Hrsg.) *Les défis de la globalisation*, Presses de l'UCL, Louvain-la-Neuve, 2000.

[5] Der Erfolg, den das Konzept „Governance und Government“ in den letzten Jahren erfahren hat, spiegelt diese Auflösung des Staates in einer Menge an „politischen“ Akteuren wieder. Diese Menge reguliert sich selbst über Netzwerke, die auch wiederum vielfältig und „offen“ sind und deren räumliche und funktionelle Rahmen sich laufend ändern.

[6] Vgl. Kap. 2 „The making of a global World“ der Gruppe von Lissabon, *Limits to competition,* MIT Press, Boston, 1995

[7] Zu einer detaillierten Analyse dieser Falle siehe R. Petrella, L'éducation victime de cinq pièges, Edition Fidès, Montréal, 2001

[8] Siehe Alain Ehrenberg, Le Culte de la performance, Calmann-Levy, Paris, 1991

[9] Vgl. R. Petrella, Vers un techno-apartheid mondial, in: Les nouvelles frontiers de l'économie mondiale", Edition Le Monde diplomatique, Paris, 1993

[10] Ich habe den Abbau des Wohlfahrtsstaates in "Le bien commun. Eloge de la solidarité" behandelt, Labor, Brüssel, 1997

der Wettbewerbsfähigkeit der niederländischen Wirtschaft 1996 verabschiedete, der nationale Plan für die Wettbewerbsfähigkeit des Vereinigten Königreichs (1997) und die „große Deklaration" der Staatschefs und Premierminister der Europäischen Union beim Gipfel von Lissabon (März 2000), die verkündet, dass es die Hauptaufgabe der europäischen Völker sei, „aus Europa im Jahr 2015 die wettbewerbsfähigste E-Wirtschaft der Welt zu machen", bei allen also, nur mit kleinen, durch lokale Eigenheiten bedingten Nuancen, ging es in Predigten und Maßnahmen in den letzten zehn Jahren um:

- Senkung der Lohnkosten,
- Nicht-Besteuerung von Niedriglöhnen,
- Senkung der Staatsausgaben, insbesondere der für sozialen Schutz und soziale Sicherheit bestimmten Ausgaben,
- weitere Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft,
- Reduzierung der Rolle des Staates auf die Finanzierung infrastruktureller Arbeiten und auf die Schaffung eines für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der privaten Unternehmen günstigeren Umfelds,
- weitere Liberalisierung der nationalen Märkte,
- Ankurbeln und Unterstützen privater Investitionen.

Die **fünfte Folge** der Litanei der Wettbewerbsfähigkeit und der „Heiligen Dreifaltigkeit LI-DE-PRI" war, dass man **das Leben zu einer Ware** machte. Die Geschichte des XIX. und XX. Jahrhunderts war die Geschichte der Reduzierung, ja sogar des Verschwindens der perversen Exzesse des Kapitalismus und seines Anspruchs, die Gesellschaft zu regieren. Gegen die Tendenzen des Kapitalismus, oligopolistische und/oder monopolistische Strukturen zu schaffen, wurden Anti-Trust-Gesetze eingeführt, die Konzentrationen im Finanz- oder Industriesektor begrenzten. Gegen seine Neigung, die menschliche Arbeit auszubeuten, ließ man Gesetze verabschieden, die Kinderarbeit verbieten, eine Arbeitszeitbegrenzung festlegen und einen lebensnotwendigen Mindestlohn garantieren usw. Gegen die Neigung des Kapitalismus, alles in handelbare Werte zu verwandeln, führte man die Prinzipien von Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität ein, und man bestätigte den Vorrang der Politik und, sogar noch mehr, der Ethik.

Die Globalisierung der letzten dreißig Jahre „befreite" den Kapitalismus von all diesen dieser Regeln, Prozeduren und Institutionen. In dem Moment, in dem der globale Kapitalismus das gemischte Wirtschaftssystem und den nationalen Sozialvertrag anfrisst – auch dank einer hemmungslosen Unterwerfung des Wissens und der Technologien unter die Ziele des Wettbewerbs[11] –, versucht er, in globalem Maßstab riesige Konzentrationen finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Macht wiederherzustellen, die sich außerhalb jeglicher sozialer und politischer Verantwortung sehen (daher das Interesse an Deregulierung und Liberalisierung) und aufs Neue die menschliche Arbeit (daher der Augenmerk auf Flexibilisierung des Arbeitsmarktes) da auszubeuten, wo ihre Kosten am niedrigen sind (daher der verstärkte Einsatz der klassischen Standortverlagerung). Er versucht auch, alles, was es gibt, alle materiellen und immateriellen Güter und Dienstleistungen, einschließlich des Lebens (unter anderem die menschlichen Gene ...) und der menschlichen Kreativität, in Waren zu verwandeln. Eines der Instrumente, dank derer die privaten Kräfte des globalen Kapitalismus sich die materielle und immaterielle „Welt" angeeignet haben, war und bleibt das Recht auf geistiges Eigentum, dessen Legitimität und Reichweite die Konferenz der WHO in Doha (November 2001) bekräftigte.

Die **sechste Folge** betrifft schließlich die auf der ganzen Welt verbreitete **kulturelle Gewalt**. Diese hat zwei Hauptformen angenommen. Auf der einen Seite handelt sich um die beträchtliche Verarmung der Gedanken und Debatten über die Wissenschaft, das Wissen, Technologien, Reichtum, Wohlstand, Fortschritt, Ethik, Nord-Süd-Beziehungen, Krieg und Frieden und Umwelt, die die auf Wettbewerb ausgerichtete Globalisierung mit sich brachte. All diese grundlegenden Themen finden sich in Schlagwörtern, die sich ausschließlich auf die Denkweise der Unternehmen und des Marktes, auf Verwaltungszwänge und auf eine Kultur der Innovation beziehen. Auf der anderen Seite handelt es sich darum, den Wert von Kulturen und Lebensformen, die sich nicht in den

[11] Siehe Larbi Bouguerra, Recherche et Tiers-Monde, PUF, Paris, 1993

„Triumphmarsch" der „Vermacdonaldisierung" der Welt und den Eroberungszug der westlichen Technikgläubigkeit einreihen konnten und wollten, zu marginalisieren oder sogar zu negieren.

Die Wettbewerbsfähigkeit kann Wirtschaft und Gesellschaft nicht regieren

Eingedenk des vorab Geschilderten ist es völlig klar, dass die Ideologie der Wettbewerbsfähigkeit nicht behaupten kann, das wirtschaftliche, politische und soziale Leben unserer Länder lenken zu können. Die Wettbewerbsfähigkeit kann nicht der Grundwert unseres Zusammenlebens sein. Die uneingeschränkte Marktwirtschaft ist ein Instrument zur Organisation der Wirtschaft mit perversen und verheerenden Folgen. Wie schon vor zehn Jahren ein Bericht des International Business Council for Sustainable Development (eine Organisation, die rund 50 Privatunternehmen vereinigt und somit wohl kaum einer „marktfeindlichen" Kultur verdächtigt werden kann) zu Recht unterstrich: „Die klassische Denkweise der Geschäftsleute, die humanen und ökologischen Aspekte beiseite schaffen möchte, ist nicht in der Lage, die aktuellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen und sich Änderungen anzupassen".[12]

Man sollte sich daran erinnern, dass es nicht das höchste Ziel der Wirtschaft (aus dem Griechischen *oikos nomos*, was „die Regeln des Hauses" bedeutet) ist, die einen gewinnen zu lassen oder die anderen zu schlagen, sondern die bestmöglichen materiellen und immateriellen Lebensbedingungen für **alle** Mitglieder – Einwohner des „Hauses" – zu schaffen.

In diesem Sinne hat die Wirtschaft auch eine Verpflichtung, nämlich die, zu überprüfen, ob sie jedem Menschen den Zugang zum Leben garantieren und die kollektive Sicherheit fördern kann.

Da sie jedoch unter anderem deren Ursache ist, kann die Wettbewerbsfähigkeit nicht:

- die sozioökonomischen Ungleichheiten, die innerhalb der Länder und zwischen den Ländern existieren und das zu beobachtende Phänomen, dass zahlreiche Regionen der Erde marginalisiert werden, beseitigen;

- die Zerstörung der Umwelt (Verwüstung, Bodenerosion, Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, Meeres- und Trinkwasserverschmutzung) anhalten;

- die Konzentration von Macht in den Händen von Privatunternehmen, die hauptsächlich gegenüber ihren Eigentümern und nicht gegenüber der angestellten Bevölkerung und der Gesellschaft im Allgemeinen verantwortlich sind, reduzieren.

Die Wettbewerbsfähigkeit ist nicht imstande, eine wirkliche Antwort auf langfristige Probleme zu geben, denen unser Planet gegenüber steht.. Der Markt kann die Zukunft nicht voraussehen. Er ist kurzsichtig.

Was tun nach dem 11. September? Einige Vorschläge

Gerade der 11 September hat klar gezeigt, dass die Welt, so wie sie in den letzten 30 Jahren unter dem Vorzeichen der Wettbewerbsfähigkeit und der Heiligen Dreifaltigkeit von „LI-DE-RE" geformt wurde, in mehrerer Hinsicht von Gewalt geprägt ist: Gewalt wurde wirtschaftlich, politisch-sozial und kulturell ausgeübt.

Die Standortverlagerungen von Unternehmen, die allein deshalb vorgenommen wurden, um die von der Börse geforderte Rentabilitätsquote des Kapitals (unter Berücksichtigung aller Sektoren weltweit durchschnittlich +/- 15%) zu gewährleisten, sind eine sehr krasse Spielart der wirtschaftlichen Gewalt, die auf Menschen („Ressource Mensch") ausgeübt wird, und zwar sowohl in den Ländern des "Nordens" wie auch die des "Südens". Das Gleiche gilt für öffentliche Verkaufsausschreibungen von Firmen, die, besonders nach der Liberalisierung der Kapitalmärkte 1975 und der Deregulierung des Bank- und Versicherungswesens der 80er Jahre, mit ihren Fusionen, Akquisitionen und Übernahmen – meist feindlicher Natur – die ökonomische, industrielle und kommerzielle Bühne in ein Blutbad verwandelt habt: Eine Art „Kannibalismus unter Unternehmen", der ausschließlich dem Zecke diente, am größten, stärksten, mächtigsten zu sein.

---

[12] Siehe Schmidheiny, Stephan, *Changer de cap : réconcilier le développement de l'entreprise et la protection de l'environnement*, Dunod, Paris, 1992

Die politisch-soziale Gewalt ist, insbesondere da, wo sie in globalem Maßstab ausgeübt wird, sehr gesetzeskonform und nach außen hin „friedlich” dahergekommen. Ich denke dabei vor allem an die Verpflichtung zur Privatisierung bestimmter Bereiche, wie sie Weltbank und IWF jenen Staaten abverlangten, die Kredite für Investitionen zu Infrastruktur erhalten haben. Je mehr Kredite die „armen” Länder in Afrika, Lateinamerika und Asien in Anspruch nehmen, um die für das Leben der Bevölkerung unerlässliche Infrastruktur zu schaffen, umso stärker bindet man sie daran, die Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse über ihre Ressourcen und vor allem über die Gewinne aus ihren Investitionen den privaten Unternehmen und dem privaten Kapital der „reichen” Länder des „Nordens” zu überlassen. Es erübrigt sich fast, explizit auf jene politisch-soziale Gewalt hinzuweisen, die von den mächtigen industriellen und finanziellen Lobbys des Westens auf die Regierenden und die Völker der „armen” und bedürftigsten Länder (in Nigeria wie in Chile, in Bolivien wie in Thailand, in Indonesien ...) ausgeübt wird.

Und dann gibt es noch die kulturelle Gewalt. Wie sonst sollte man all diese Prinzipien, Dogmen, Meinungen und Verhaltensweisen nennen, die von den Regierungen und Völkern des „Nordens” ausgehen, diese Selbstsicherheit, diesen „Größenwahnsinn“, die Überzeugung, dass wir „die Welt sind, die zählt” und dass wir es sind, die die neue Welt aufbauen (die „Informationsgesellschaft”, die „New Economy“ die „E-Economy“, die „Wissensgesellschaft”; die geklonten Generationen ...), diese Gleichgültigkeit, ja sogar Verachtung, gegenüber dem Rest der Welt?

Die Reaktion der Herrschenden auf die Tragödie des 11. September hat auch gezeigt, dass die Herren der abendländischen Welt nicht in der Lage gewesen sind, die notwendigen Lehren aus dieser großen Niederlage der Menschheit, als die der inhumane und inakzeptable terroristische Akt der Zerstörung der Türme des WTC in New York angesehen werden muss, zu ziehen.

Diese Herren behaupten, mit dem 11. September sei die Welt eine völlig andere geworden und von nun an bestünde die größte Herausforderung für die Menschheit darin, im Verlauf der nächsten Jahre den globalen Terrorismus zu bekämpfen – und zu besiegen. Denn – so sagen sie – der 11. September habe die Spaltung der Welt in zwei Lager ans Tageslicht gebracht: das Lager des Guten (wir) und das Lager des Bösen (die Terroristen). Ihnen zufolge war der 11. September die Bestätigung dafür, wie unumgänglich und dringlich die Globalisierung der Wirtschaft gemäß den Prinzipien der Freiheit des Handels, der Freiheit des Unternehmens und der Freiheit des Kapitals ist. Weit davon entfernt, über eine Korrektur der Weichenstellungen der letzten zwanzig Jahre nachzudenken, behaupten sie, der 11. September habe nur noch deutlicher gezeigt, dass es unabdingbar und gerechtfertigt sei, die Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung fortzusetzen. Die Legitimität und Unantastbarkeit des Kultes der Heiligen Dreifaltigkeit sei daher – für unsere Herren – nur noch unterstrichen worden (so insbesondere in zahlreichen Artikeln der Financial Times von Oktober bis November 2001 nachzulesen).

Abgesehen vom „Kampf gegen den Terrorismus”, wird die Losung ausgegeben „business as usual“. Für unsere Regierenden hat der Geist der Wettbewerbsfähigkeit die ganze Welt zu beseelen. Ein hochrangiger europäischer Politiker hat sogar in Le Monde vom 10.11.01 die Behauptung aufgestellt, dass „der beste soziale Schutz für ein Individuum darin besteht, der Beste zu sein”. Welche Beleidigung für die Vernunft, die Gerechtigkeit und die Solidarität!

Was mich betrifft, so bin ich der Ansicht, dass der 11. September für unsere Gesellschaften Anlass sein muss, mit der Ideologie und der Politik der Wettbewerbsfähigkeit Schluss zu machen und ebenso mit einer Globalisierung, die unter dem Diktat der Prinzipien der kapitalistischen Marktwirtschaft steht.

Deshalb muss eine lange Zeit der politischen und sozialen Innovation anbrechen, und zwar in drei wesentlichen Bereichen: auf der Ebene der Menschheit, im Bereich der kollektiven Güter sowie in Bildung und Demokratie

1. Die Ebene der Menschheit

Der erste Bereich bezieht sich auf die Menschheit selbst. Es ist an der Zeit, die Menschheit als politisches und als juristisches Subjekt anzuerkennen, was zurzeit nicht der Fall ist: ein Paradox in einer Epoche, in der so lauthals die Globalisierung verkündet wird.

Die Menschheit existiert. Ein solches Faktum bedarf keines Beweises. Doch bislang hat es keine Anerkennung der Menschheit als solcher im Sinne eines politischen Subjektes gegeben, das die menschlichen Lebewesen in ihrer Gesamtheit repräsentiert, und ebenso wenig im Sinne eines juristischen Subjektes, das Träger von Rechten und Pflichten ist. Unsere Gesellschaften haben auf der Grundlage des Prinzips/Rechts einer Selbstbestimmung der „Völker" die „Nationen" anerkannt – daher die Nationalstaaten. Noch vor nicht allzu langer Zeit sind die Slowakei und Slowenien, um nur auf europäische Beispiele hinzuweisen, als souveräne „Nationalstaaten" anerkannt worden. Ebenso haben unsere Gesellschaften das Individuum anerkannt, den Bürger auf der Grundlage des Prinzips/Rechts, dass jede Gesellschaft sich aus Individuen/Bürger zusammensetzt. Sie haben schließlich auch juristische Personen anerkannt: Unternehmen, Vereine, Kirchen, politische Parteien, Gewerkschaften ..., und zwar sowohl auf der Ebene des nationalen öffentlichen und privaten Rechtes wie auch auf der Ebene des internationalen öffentlichen und privaten Rechtes. So repräsentieren die Vereinigten Nationen nicht die Menschheit, sondern die Nationalstaaten, die ihre Mitglieder sind, und vor allem, wenn nicht ausschließlich, die Interessen der mächtigsten Mitgliedstaaten. Die Tatsache, dass die UNESCO seit einigen Jahren einem Denkmal, einer Stadt, einem Ort, den Titel „Weltkulturerbe" verleiht, bedeutet kaum, dass die Menschheit als für dieses „Erbe" politisch und juristisch verantwortlich anerkannt worden wäre. Formal bleiben die betroffenen Staaten die dafür Verantwortlichen. Die einzige wirkliche politische internationale Autorität, die es heute gibt, nämlich die Welthandelsorganisation, besitzt zwar, besonders dank ihres „Organs eines Schiedsgerichtes", tatsächlich eine Befugnis zur Regulierung, Rechtssprechung und Sanktionierung ohne Berufungsinstanz, kann aber ebenso wenig den Anspruch erheben, die Menschheit zu repräsentieren. Sie repräsentiert ausschließlich die ökonomischen (und politischen) Interessen jener Staaten, welche die Handelsvereinbarungen unterzeichnet haben. Kurzum: Kein Vertrag (bzw. Konvention oder Übereinkunft oder Vereinbarung) zwischen Nationen oder zwischen Regierungen hat bislang auf politischer und juristischer Ebene „die Menschheit entstehen" lassen. Unter diesem Aspekt bleibt die Menschheit ein abstrakter Begriff.

Wie ist das möglich, wo doch gleichzeitig die Oberhäupter der Welt seit mehr als zwanzig Jahren die Ära (wie sie sagen) der Globalisierung beschwören und seit etwa zehn Jahren die Notwendigkeit einer „global governance" verkünden? Der Widerspruch ist nur scheinbar einer. Denn in Wirklichkeit ist die Globalisierung, von der sie sprechen, keine echte Globalisierung des „Zusammenlebens" der menschlichen Gemeinschaften, die derzeit Bestandteile der Welt sind. Die heutige Globalisierung ist nichts anderes als die Ausdehnung der Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse der mit der kapitalistischen Marktwirtschaft verbundenen Kräfte auf internationaler Ebene, allerdings unter der militärischen, politischen und kulturellen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten und des „Westens". Doch diese Globalisierung des Marktkapitalismus und der Hegemonie der Vereinigten Staaten hat weder irgendein Bedürfnis noch ein Interesse an einer politischen und juristischen Anerkennung der Menschheit.

Außerdem bedeutet „global governance" aus Sicht der Verfechter dieser Globalisierung eben gerade das Fehlen eines globalen Subjektes. An seine Stelle treten Entscheidungs- und Kontrollmechanismen, innerhalb derer alle Akteure, ob öffentliche oder private, auf allen Ebenen – so sagen sie – frei sind und auf gleicher Basis miteinander interagieren.

Ich vertrete die These, dass selbst dann, wenn es keine tatsächliche Globalisierung der Ökonomie gäbe, die Menschheit als Subjekt anerkannt werden müsste. Denn die Menschheit bedarf nicht der ökonomischen Globalisierung, um zu bestehen und sich auf politischer und juristischer Ebene zu organisieren. Die Notwendigkeit eines Übergangs von der nationalen (und internationalen) Politik zur globalen Politik, wie auch der vom nationalen und internationalen zum globalen Recht drängt sich bereits seit einiger Zeit auf, ohne dass man deswegen auf die asiatischen Thesen des himmlischen Reiches oder die universelle Harmonie zurückgreifen müsste, ebenso wenig wie auf die christlich-abendländischen eines Dante (De Monarchia Universalis) oder Kant (über den universellen Frieden).

Etwas bescheidener und konkreter vertrete ich die Ansicht, dass ein Bekenntnis zu einer „globalen Politik" und einem „globalen Recht" seit der „Eroberung" des Atoms und seiner militärischen Nutzung in der Atombombe notwendig geworden ist. Darüber hinaus hat 1969 die Einsicht in die Begrenztheit und Winzigkeit unseres Planeten Erde, den wir auf unseren Bildschirmen dank des Raumschiffes Apollo wie ein kleines, im leeren Raum aufgehängtes blaues Kügelchen sehen konnten, lediglich verdeutlicht, wie notwendig und dringend es ist, eine globale Politik und ein globales Recht zu schaffen.

Dieser erste Bereich beinhaltet darüber hinaus auch die Einrichtung eines „Welt-Strafgerichtshofes für Verbrechen gegen die Menschheit" und eines „Weltgerichtes für das Leben und Zusammenleben".

2. Der Bereich der gemeinsamen Güter

Der zweite Bereich bezieht sich auf die Festlegung und Förderung eines gemeinsamen Erbes von Weltkulturgütern und globaler öffentlicher Dienstleistungen, deren Besitz und Verwaltung auf keinen Fall und in keiner Weise, auch nicht indirekt, Gegenstand der Aneignung durch private Subjekte sein darf, denen die Verantwortung dafür obläge. Unter diesen öffentlichen Güter, die notwendig sind, um allen Menschen gegen 2020 bis 2025 das Recht auf Leben zu gewährleisten, sind aufzuzählen: Wasser (zum Trinken und Kochen), Grundgesundheitsvorsorge, Unterkunft und Bildung. Diese Güter haben im Eigentum der Gemeinschaft zu bleiben und/oder sind wieder in gemeinschaftlichen Besitz zurückzuführen. Die entsprechenden Dienstleistungen sind von öffentlichen Institutionen zu erbringen und sicherzustellen, müssen demokratischer Kontrolle unterstehen und dem Geist der fundamentalen Prinzipien des Gemeinwesens und der Solidarität entsprechen. Das Recht auf geistiges Eigentum kann hier also nicht gelten und ebenso wenig in Bereichen, die für die hier erwähnten öffentlichen Güter von entscheidender Bedeutung sind. Gleiches gilt für kommerzielle Verhandlungen. Ganz im Gegensatz zu den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern der OECD-Länder, die darauf gedrängt haben, dass in Doha sämtliche öffentlichen Dienste auf die Tagesordnung der neuen Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation gesetzt werden, müssen sich die Bürger für die Verteidigung der grundlegenden Bestandteile der res publica mobilisieren. Dies ist als zentrale Bedingung anzusehen, um das „Zusammenleben" und den Willen, „gemeinsame Sache zu machen", erfolgreich absichern zu können.

Es ist wichtig, diesbezüglich daran zu erinnern, dass der Begriff „Allgemeine Dienste“ und der Umgang mit ihm es nicht verhindern konnten, bisher gewährleistete Güter und Dienstleistungen zu privatisieren und zu vermarkten. Die Vermarktung der Gesundheitsvorsorge, der Bildung, des Wassers, um nur einige Beispiele zu nennen, ist heute einer der effizientesten Mechanismen zur Demontage des Gemeinwesens und der solidarischen Beziehungen innerhalb der und zwischen den einzelnen Ländern.

Wenn Alternativen geschaffen werden sollen, müsste deshalb ihr Ziel sein, „eine globale Wohlfahrtspolitik" zu begründen, mit deren Umsetzung eine Weltorganisation für soziale Entwicklung (WOSE) (die die Funktionen und Befugnissen von Internationalem Währungsfonds, Weltbank, WHO, FAO, ILO vereint) betraut würde, und ebenso müsste eine globale Steuer (von der die Tobin-Steuer nur ein kleiner, erster Schritt wäre) erhoben und verteilt werden. Um zu vermeiden, dass man auf nationalstaatliche, oligarchische (mächtigste Staaten und sozioökonomische Gruppen) und technokratische Systeme zurückfällt, die für die multilaterale und überstaatliche Funktionsweise der Vereinten Nationen und deren Vorliebe für Bürokratie und Kompetenz- und Aufgabenzerstückelung charakteristisch gewesen sind, gilt es, neue Formen der repräsentativen Demokratie im weltweiten Maßstab zu schaffen. Dabei hilft uns die weltweit allererste Erfahrung in repräsentativer Demokratie auf internationaler Ebene: das Europäische Parlament, das auf dem allgemeinen direkten Wahlrecht begründet ist.

Dies ist die Quintessenz des Vorschlages, der auf die Schaffung eines Weltparlamentes des Lebens und der Sicherheit gerichtet ist. Ich bin der Meinung, dass zu Beginn das „Parlament" auf der Initiative einer Selbstorganisation begründet sein sollte, die von den nationalen Parlamentariern selbst ausgeht. Keine Macht, so scheint mir, könnte heute rechtmäßig 500 derzeitige Parlamentarier an der Entscheidung hindern, sich in einem „globalen Parlament" zu vereinen und damit zu beginnen, Prinzipien, Regeln, Normen auszuarbeiten ... Das Problem liegt im politischen Willen und den Machtverhältnissen zwischen der „Gruppe der 500 Parlamentarier" und dem Rest der derzeit sehr einflussreichen Gewalten, die sich zwangsläufig einer solchen Initiative entgegen stellen würden, sie vielleicht als „recht sympathisch", aber völlig „wirklichkeitsfremd" und willkürlich bezeichnen würden. Das WOSE, das Parlament des Lebens und der Sicherheit und die globale Steuer sind die Säulen der neuen Architektur der Weltpolitik, die es im Verlauf der nächsten 20–30 Jahre zu errichten gilt.

3. Der Bereich der Bildung und der Information/Kommunikation

Der dritte Bereich betrifft die Bildung und die Informations- und Kommunikationssysteme. Es ist dringend nötig, den Bereich der Bildung neu zu erfinden, um eine Bildung hervorzubringen, die darauf ausgerichtet ist, dem Zusammenleben und dem gemeinsamen Wohl in der Achtung des und der Solidarität mit dem „anderen" zu dienen, wobei hier auch die „Natur" miteingeschlossen ist. In dieser Hinsicht zählen die Aktionen zur Förderung des „Internet-Bürgers" zu den notwendigsten und innovativsten. Die Gestaltung dieses neuen Bildungsbereich gehört (mit dem Zugang zu sauberem Trinkwasser) zu den dringlichsten Notwendigkeiten bei der Schaffung von Alternativen.

Jenseits von Privatisierungspolitik: Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung

Alessandro Pelizzari
Soziologe; Diplomassistent am Departement Sozialarbeit und Sozialpolitik, Universität Fribourg (Schweiz); Sekretär von attac Schweiz.

Öffentliches Eigentum gilt heute prinzipiell als »illegitim, gemeinwohlschädlich und ineffektiv« (Zeuner 1999, 285), und die »Vermarktwirtschaftlichung« drängt, wie Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf festhalten, »nicht nur in noch nicht erfasste geographische Räume, sondern auch nach innen, in die Refugien des gesellschaftlichen Lebens« (Altvater, Mahnkopf 1996, 114). Die expansive, auf die Durchkapitalisierung weiter Gesellschaftsbereiche angelegte Tendenz neoliberaler Vergesellschaftung, die sich speziell in den Privatisierungspolitiken äussert, wird heute durch EU- und WTO-Auflagen auch zwangsweise gegenüber den Nationalstaaten durchgesetzt und beinhaltet inzwischen die Kommodifizierung aller drei von Marx genannten Produktionsbedingungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses (vgl. Raza 2001): der allgemeinen (staatliche Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen), der persönlichen (soziale Reproduktion) und der externen (natürliche Umwelt). Diese Bedingungen werden sukzessive liberalisiert und privatisiert, und damit den Verwertungsinteressen des privaten Kapitals unterworfen. Mehr denn je zuvor nimmt der kapitalistische Akkumulationsprozess heute die Form einer globalen Enteignungsökonomie an.

Dieser Entwicklung wurde kaum Kritik von links entgegengehalten, und dies obwohl das öffentliche Eigentum zu den klassischen Forderungen der Arbeiterbewegung gehörte. Im Gegenteil, die europäische Sozialdemokratie und in weiten Teilen auch die Gewerkschaftsbewegung sind inzwischen auf die Prämissen der Privatisierungspolitik eingestiegen. Mindestens drei Gründe rechtfertigen es indessen heute, offensiv die Frage der *gesellschaftlichen Aneignung* gegen die Entfaltung der globalen Enteignungsökonomie erneut ins Feld zu führen (vgl. Fondation Copernic 2002): Die negative Bilanz der Privatisierungen der letzten Jahrzehnte; die aus demokratischer Perspektive höchst problematische Konzentration des Kapitals, insbesondere in Bereichen von allgemeinem gesellschaftlichem Interesse; das Wiederaufleben einer internationalen Bewegung, die unter dem Motto »Die Welt ist keine Ware« die umfassende Kritik gegen die zunehmende Vermarktwirtschaftlichung der Lebenswelten und die konkrete Macht der transnationalen Unternehmen artikuliert.

1. »Besser, billiger, bürgernäher«?

Eine vorläufige Bilanz der Privatisierungspolitik und der weitreichenden sozio-ökonomischen Auswirkungen, die die Änderung der Eigentumsverhältnisse begleiten, lässt darüber wenig Zweifel, dass kaum eines der mit der Privatisierung verbundenen Versprechen eingehalten worden ist: Der Imperativ des Profits drängt dazu, die kaufkräftige Nachfrage gegenüber den Rechtsansprüchen zu privilegieren, ohne dass die öffentlichen Dienstleistungen dabei »besser, billiger, bürgernäher« geworden wären, wie ein Schweizer Privatisierungsmanifest in den 80er Jahren im Titel versprach. Durch Privatisierungen und Liberalisierungen ändert sich der Charakter der Aufgabenerfüllung erheblich, denn die ehemals öffentlichen Dienste sind nunmehr rechtlich dazu verpflichtet, in Konkurrenz zu neuen Anbietern den Profit zu mehren, also Preise bis an die Zumutbarkeitsgrenze anzuheben, unrentable Angebote, die sozial aber erwünscht sein können, zu streichen, dem Unternehmen Konkurrenznachteile, die durch Einhaltung gemeinwohlorientierter oder ökologischer Vorgaben entstehen könnten, zu ersparen usw. Um die Produktionskosten zu senken, wird Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen gemacht und die Investitionen werden auf unmittelbar rentable Bereiche gelenkt, was zur Vernachlässigung der Infrastruktureinrichtungen führt. Wie die milliardenschwere Refinanzierung der maroden englischen Bahninfrastruktur durch die sozialliberale Regierung Tony Blairs zeigt, erweist sich nicht einmal das Argument der Sanierung öffentlicher Finanzen durch Privatisierungen als stichhaltig.

Dass durch die Privatisierungspolitik ganze Bevölkerungsteile, die über wenig Kaufkraft verfügen, von grundlegenden Bedürfnissen ausgeschlossen werden, ist nur eine Seite. Die andere ist, dass dadurch ein neues Staatsmodell entsteht, welches grundsätzlich auf der Wegnahme demokratischer Mitspracherechte beruht. Für Joachim Hirsch, der in diesem Zusammenhang den Begriff des »nationalen Wettbewerbsstaates« geprägt hat, beruht seine Funktionslogik »in der alle sozialen Sphären umgreifenden Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit, deren Grundlage die Profitabilität von „Standorten" für ein international immer flexibler werdendes Kapital ist« (Hirsch 1995, 109). Die profitorientierte, private Warenproduktion bestimmt mehr und mehr die entsprechenden Staatstätigkeiten, und die Verwaltung wird zunehmend an eine unpolitische Legitimationsquelle gebunden: Leistungsabbau, Qualitätseinschränkungen und Preiserhöhungen werden so über die Anonymität des Marktes »entpolitisiert«.

In der Tat gehört zu den auffälligsten Zügen der jetzigen Entwicklungen die enorme Konzentration von Macht und Ressourcen in den Händen transnationaler Unternehmen. In einem rasanten Tempo bringen sie einen wachsenden Anteil der globalen Wirtschaft unter ihre Kontrolle. Nach Angaben der OECD wurden im Jahr 1997 mehr als 150 Milliarden US-Dollar an Vermögenswerten aus dem öffentlichen in den Privatsektor transferiert – 50 Prozent mehr als im Vorjahr (vgl. Wahl 2002, 33). Einige besonders expansive Konzerne, darunter mehrere

europäische, haben sich darauf spezialisiert, ihr Wachstum auf die Übernahme öffentlicher Dienste zu gründen. Die Entwicklung im Telekommunikationsbereich zeigt es: Zwar wurden auf nationaler Ebene staatliche Monopole abgeschafft. Aber bereits vollzieht sich eine zunehmende Konzentration auf internationaler Ebene. Der Kampf ums Wasser zwischen RWE, E.On, Vivendi und anderer Konzerne spielt sich ebenfalls bereits auf globaler Ebene ab. Zentrale Infrastruktureinrichtungen werden damit jeglicher öffentlicher und parlamentarischer Kontrolle entzogen. Der weltweite Konkurrenzkampf um die profitablen Bereiche hat bislang unerreichte Ausmasse erreicht: »Die für den Fordismus charakteristischen nationalen Oligopole werden durch die verstärkte transnationale Konkurrenz aufgebrochen, gleichzeitig bilden sich durch die zahlreichen Fusionen und Übernahmen neue, globale Oligopole heraus« (Sablowski 2001, 876f.).

Privatisierungspolitik führt also nicht nur zur Enteignung öffentlichen Eigentums, sondern auch zu dessen Herauslösung aus einem kollektiven politischen Zusammenhang und also zu einer spezifischen Entpolitisierung der Politik. Der politische Raum und die Unterordnung breiter Lebensbereiche unter demokratische Verfahren der kollektiven Willensbildung werden so deutlich restringiert (vgl. Pelizzari 2002). Die Bedeutung dieser Entwicklung kann nicht genug unterstrichen werden: Aus dem Bürger als Träger sozialer Rechte wird ein individualisierter Käufer von Gütern und Dienstleistungen auf verschiedenen Märkten.

2. Die Politik der »leeren Staatskassen«

Die historische Tragweite dieser Zäsur kann daran deutlich gemacht werden, dass die Herausbildung dessen, was in der französischen Tradition als *Service Public* definiert wird und seine rechtliche Verankerung in den Prinzipien der Rechtssicherheit, der Gleichbehandlung und der Unentgeltlichkeit (im Sinne einer sozialisierten Finanzierung) fand, insbesondere in der regulationstheoretischen Literatur »als Verhaltensmodell und zentrales Bezugssystem der Nachkriegszeit« (Chambat 1990, 631) galt. Tatsächlich hängt die Frage, welche Aufgaben öffentlich organisiert werden, jeweils davon ab, welche Bedürfnisse in Form von Forderungen von Einzelnen und Gruppen artikulationsfähig sind und für oder gegen welche dieser Bedürfnisse und deren Befriedigung sich Allianzen in der Gesellschaft zusammenbringen lassen. Ob es etwa einen staatlichen Gesundheitsdienst oder ein für alle zugängliches Bildungssystem gibt, hängt damit eng mit einer Variable zusammen: der Entwicklung gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse.

Öffentliche Dienste waren somit Teil jener Institutionen, für die namentlich die aus der Tradition der Arbeiterbewegung stammenden gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gut ein Jahrhundert lang gekämpft haben und ein Bürgerschaftsrecht auf der Grundlage der gesellschaftlichen Wohlfahrt instituierten. Ihre Klientel war besonders im sozial-staatlichen Bereich hauptsächlich der unterprivilegierte Teil der Bevölkerung, welcher seinen Anspruch auf gesellschaftliche Solidarität einforderte.

Jedoch war der staatlich organisierte öffentliche Dienst immer auch doppelter Natur. Zwar war er »Dienst« an der Gesellschaft und somit Antwort auf tieferliegende Bedürfnisse, welche durch mächtige soziale Bewegungen getragen wurden. Andererseits war und ist er Teil des kapitalistischen Reproduktionszusammenhangs, welcher unter der Zweckbestimmung steht, die Profitabilität privater Wirtschaftstätigkeit zu erhalten, indem er das Wirtschaftssystem mit »allgemeinen Produktionsbedingungen« (Transportmittel, Bildung, Hygiene, Nachfrageförderung usw.) bedient. Somit erfährt er den Druck des privaten Sektors als Kostensenkungsdruck und als Druck auf die konkrete Ausgestaltung der öffentlichen Dienste, welcher nicht nur seitens der Unternehmen, sondern auch und besonders von denjenigen Lohnabhängigen herrührt, die via steuerliche Umverteilung aus ihrem Lohnfonds grosse Teile des Sozialstaates finanzieren.

Dieser Widerspruch brach Mitte der 70er Jahre als »Finanzkrise« des Staates offen zum aus. Eine solche kommt strukturell dadurch zustande, dass die Voraussetzungs- und Folgekosten der privatkapitalistischen Akkumulationsdynamik den Staat zu einer Dauerintervention zwingen. Deren Finanzierung ist aber fiskalisch abhängig vom Wachstum privater Wertschöpfung, die ihrerseits wieder von den Anlage- und Realisierungserfordernissen privat konkurrierender Kapitale bestimmt wird. Hier stösst der Sozialstaat auf die Grenzen des Steuerstaats: Die Entwicklungslinien des öffentlichen Sektors sind eng an den Verlauf von Krisen, Machtverhältnissen und Widersprüchen des Kapitalismus gekoppelt. Die Werte, die der Staat steuerlich abschöpft, um etwa die Bildung zu finanzieren, kann er nicht aus dem Nichts schöpfen, sondern nur aus der produzierten Wertschöpfung. Und folglich gehen sie durch die Abschöpfung irgendwo »verloren«: bei den privaten verfügbaren Mitteln, sei es auf der Einkommensseite der Haushalte oder bei den Profiten der Unternehmungen. Und letztere wurden gerade während des Konjunktureinbruchs, wie ihn der Grossteil der europäischen Staaten zu Beginn der 90er Jahren erfuhren, inakzeptabel, weil es die Profite direkt schmälerte.

Über drastische Haushaltskonsolidierungen, wie sie im Maastrichter Stabilitätspakt festgelegt wurden, sowie Steuersenkungsprogramme namentlich für Unternehmen und Kapitalbesitzer, wurde der fiskalpolitische Handlungsspielraum auf nationalstaatlicher Ebene stark eingeschränkt und die Finanzkrise des Staates zu Lasten der abhängigen Bevölkerung gelöst: sowohl der Lohnabhängigen, von deren Einkommen die erforderlichen Finanzmittel abgeschöpft wurden, wie der von sozialstaatlichen Leistungen Abhängigen, zu deren Lasten die Leistungseinschränkungen gingen. In diesem Zusammenhang ist auf die sogenannte »Politik der leeren Kassen« (*politics of deficit*) zu verweisen, welche darauf abzielt, durch Steuersenkungen dem Staat systematisch die finanziellen Ressourcen zu entziehen. Die besitzenden Klassen sind in der Tat staatlichen Defiziten alles andere

als abgeneigt, sondern tendieren vielmehr zu einem »armen Staat«. Der zentrale Vorteil dieser Politik besteht darin, mit dem Hinweis auf die »Löcher in der Staatskasse« die Forderungen nach öffentlichen Dienstleistungen zurückzuweisen und damit »die potentiellen Umverteilungskapazitäten des Staates einzuschränken« (Guex 1998, 76) und den Handlungskorridor der öffentlichen Dienste durch austeritätspolitische Vorgaben einzuschränken. Dadurch wird es möglich, durch Umschichtungen im Staatshaushalt die unterschiedlichen Politikressorts neu zu gewichten, »marktnahe« Politikbereiche wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber auch die Aussenpolitik im Dienste der Erschliessung neuer Märkte gegenüber »marktfernen« Bereichen wie Bildungs-, Sozial- und Kulturpolitik aufzuwerten und im Namen der Sanierung des maroden Staatshaushaltes zum Ausverkauf weiter Teile des öffentlichen Sektors zu schreiten.
Dieser Ausverkauf nahm im Verlauf der letzten Jahrzehnte verschiedene Formen an: Erwerbswirtschaftliche staatliche Unternehmen wurden veräussert, während im Bereich der Infrastruktur (z.B. Telekommunikation, Bahn, Wasserwirtschaft) der Marktzugang liberalisiert wurde, d.h. vormals öffentliche Aufgaben wurden nun auch von profitwirtschaftlichen Trägern übernommen, die neu zu den staatlichen in Konkurrenz standen. Was dem Staat nach dieser Funktionsbereinigung noch an Aufgabenbewältigung verblieb – die öffentlichen Dienste im engeren Sinne (Bildungs- und Gesundheitswesen, Sozialwesen usw.), sowie die klassischen »hoheitlichen« Bereiche staatlicher Tätigkeit (Polizei, Steuerwesen, Militär, usw.) – wurde durch interne Rationalisierung und die Übernahme marktpreissimulierter Kosten-Ertrags-Kalküle konzentriert (vgl. Pelizzari 2001).

3. Die kapitalistische Enteignungsökonomie

Diese umfassenden Privatisierungswellen ordnen sich in einen umfassenden Kontext der tiefen Krise des kapitalistischen Produktionsprozesses, welches seit Mitte der siebziger von einer gebremsten Akkumulationstätigkeit gekennzeichnet ist: Zwar kann heute im Vergleich zu früheren Entwicklungsphasen des Kapitalismus, in denen nachlassendes Wachstum zu niedrigen Profiten geführt hat, davon heute keine Rede mehr sein, jedenfalls nicht für die grossen Akteure: Die Unternehmen konnten ihre Gewinne durch Steuerentlastungen, Senkung der Lohnkosten, eine Lockerung investitionshemmender Vorschriften und eine erheblichen Intensivierung der Arbeit steigern. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist jedoch in erster Linie, dass seit Mitte der siebziger Jahre in allen kapitalistischen Ländern der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen massiv gesunken ist. Als Ergebnis entstand in den achtziger Jahren die Situation, dass die gesamt-wirtschaftlichen Wachstumsraten – wegen unzureichender Nachfrage – wesentlich unter denen der sechziger Jahre blieben. Mit anderen Worten: Die mit dem Anstieg der Unternehmensgewinne verbundene Umverteilung zu Lasten der Masseneinkommen hat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter gesenkt und die Investitionsneigung der Kapitalbesitzer gehemmt.
Diese so genannte Überakkumulationskrise ist nebst der sinkenden Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung aber auch darauf zurückzuführen, dass der produzierte Mehrwert nicht den gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht. Um es vereinfachend mit Michel Husson auszudrücken, zeichnet sich die aktuelle Phase des Kapitalismus durch eine »wachsende Schwierigkeit aus, das Entsprechungsverhältnis zwischen dem, was die Menschen konsumieren wollen und dem, was der Kapitalismus herstellen will, zustande zu bringen« (Husson 1996, 70). Der grösste Anteil der Ausgaben der Haushalte fliesst in der Tat in Bereiche, die bislang noch weitgehend marktgeschützt waren und durch den Service Public abgedeckt wurden. Dies ist auch der tiefere Grund, weshalb die Grossinvestoren nicht nur weniger Steuern bezahlen wollen, sondern mit Nachdruck eine Deregulierung und Privatisierung des öffentlichen Sektors fordern, um in diesen (potentiell) rentablen Sektoren investieren zu können. Die Bereiche Gesundheit und Bildung erweisen sich dabei als die lukrativsten: Auf dem noch weitgehend staatlich kontrollierten Gesundheitsmarkt werden laut Weltbank weltweit jährlich 3.500 Milliarden US-Dollar umgesetzt, auf dem Bildungsmarkt 2.200 Milliarden. Im Wassermarkt schätzt man die zu erwartenden Gewinne auf 800 Milliarden.
Im Süden übernahm der Internationale Währungsfonds (IWF) im Zuge Schuldenkrise nach und nach die Funktion, diese Märkte den Investoren zu öffnen. Brutale Strukturanpassungsprogramme schrieben den Kredit suchenden Ländern den systematischen Ausverkauf ihrer öffentlichen Infrastruktur vor, wovon in erster Linie die transnationalen Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor des Nordens profitieren: Tatsächlich zeigen beispielsweise die Ökonomien Südamerikas, dass die Privatisierungspolitik rasch zu einer »Rekolonisierung« mutierte: Viele grosse Konzerne aus Europa und den USA haben sich dort beträchtliche Infrastrukturbereiche angeeignet.
In diesem Kontext sind auch die Verhandlungen rund um das *General Agreement on Trade in Services* (GATS) der WTO sowie die EU-Richtlinien zur Wettbewerbs- und Liberalisierungspolitik zu begreifen. Die unter dem Eindruck sich verschärfender Verteilungskonflikte reorganisierte internationale Wirtschaftsordnung bedingt eine Veränderung der Art der Einbindung staatlicher Prozesse in den ökonomischen Verwertungsprozess. Das ist es, was Joachim Hirsch et al. (2002) als »Internationalisierung des Staates« bezeichnen. Die Veränderung des Verhältnisses von Nationalstaaten zueinander drückt sich dabei zwar in einer verstärkten Standortkonkurrenz aus, gleichzeitig aber auch in intensiveren internationalen Kooperationsbemühungen untereinander. Stephen Gill spricht in diesem Zusammenhang von einem »neoliberalen Konstitutionalismus«, der im Kern darin besteht, »die privaten Eigentümerrechte zu schützen und auszuweiten und darüber hinaus die politischen und ökonomischen

„Reformen“ gesetzlich-rechtlich abzusichern« (Gill 2000, 25).

4. Die Internationalisierung des Wettbewerbstaates

Die Entfaltung der globalen Enteignungsökonomie bedingt in erster Linie eine Verallgemeinerung der »Investitionsfreiheit«. Das bereits 1994 abgeschlossene GATS, welches sich auf über 160 Sparten bezieht, die sich vom Tourismus und von der Telekommunikation über die Wasserwirtschaft bis hin zur Bildung und Gesundheit erstrecken, hat prinzipiell zum Ziel, alle möglichen »Investitionsschranken« zu beseitigen. Dieses Abkommen, welches zurzeit neu verhandelt wird, gilt daher als das erste multilaterale Investitionsabkommen, nachdem ein erster Versuch, ein solches im Rahmen der OECD durchzusetzen, an der Mobilisierung einer breiten Bürgerbewegung gescheitert war.

Um Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen, haben sich die grossen Dienstleistungsmultis zu mächtigen *Pressure Groups* zusammengeschlossen. Die in der *US Coalition of Services Industries* zusammengefassten amerikanischen Unternehmen legten sich auf die Position fest, »die grösstmögliche Liberalisierung für sämtliche Formen der Dienstleistungsbereitstellung in so vielen Dienstleistungssektoren wie möglich zu erreichen, und zwar so rasch als möglich« (zit. in ATTAC 2001, 108). Die Europäische Lobby *European Services Forum* vertritt eine fast wortgleiche Position.

Entsprechend erstreckt sich das GATS grundsätzlich auf sämtliche Dienstleistungen, also auf öffentliche. Zwar werden diese in Art. I.3 gesondert behandelt und sollen vom GATS-Regime ausgeschlossen werden, wenn sie nicht auf einer kommerziellen Basis zur Verfügung gestellt werden und nicht in Konkurrenz zu anderen Dienstleistungsanbietern stehen. Jedoch wird offen gelassen, was »kommerzielle Basis« bedeutet. Gilt beispielsweise der Selbstbehalt, den Patienten bei einem Spitalaufenthalt bezahlen müssen, bereits als eine kommerzielle Basis? Reine Regierungsleistungen existieren heute kaum noch. Vielmehr bestehen unterdessen auch im Gesundheits- oder Bildungsbereich in den meisten Ländern staatliche und private Anbieter nebeneinander.

Wird eine Dienstleistung einmal in das GATS-Regime eingeschrieben, so treffen den Staat die sogenannten horizontalen Pflichten wie Transparenz (Staaten müssen beweisen, dass nationale Regelungen keine versteckten Investitionsschranken darstellen), Meistbegünstigung (eine einem Staat erklärte Präferenz muss allen anderen Staaten gewährleistet werden) und nationale Behandlung (eine vom Staat an ein inländisches Unternehmen gewährte Begünstigung muss allen Dienstleistern gewährt werden). Diese drei Pflichten verhindern sowohl neue Umweltgesetze, arbeits-rechtliche Bestimmungen oder die Bevorzugung lokaler Firmen (»Investitionsschranken«), entwicklungspolitische Zielsetzungen (»Meistbegünstigung«) und die staatliche Subventionierung öffentlicher Dienstleistungen, da mir Rückgriff auf die »nationale Behandlung« auch private Investoren auf staatliche Zuschüsse pochen können. Schliesslich fällt eine Dienstleistung dann unter die progressive Liberalisierungspflicht (*in-built commitment*), das heisst, der Staat ist rechtlich verpflichtet, in weiteren Verhandlungs-runden Marktzugänge zu erleichtern. Um dem Regelwerk einen verbindlichen Rahmen zu geben, verfügt die WTO über einen effektiven Streitbeilegungsmechanismus, das insofern Zwangscharakter hat, weil es Verstösse mit bilateralen Sanktionen zu beantworten erlaubt.

Es wäre indessen falsch, die WTO einseitig als einzigen Transmissionsriemen privater Interessenkonstellationen zu sehen. Auch die Europäische Kommission, als treibende Kraft hinter den zentralen Projekten der europäischen Integration nach neoliberalem Modell, interagiert als staatlicher Think Tank ohne nennenswerte demokratische Kontrolle in der Regel spezifischen privaten Akteuren. Die Durchsetzung des europaweiten gesellschaftlichen Restrukturierungsprojekts sieht als Herzstück die Liberalisierung des öffentlichen Sektors vor. Zu diesem Prozess der sukzessiven Liberalisierung zählen alle politischen und regulativen Entwicklungen der Gemeinschaft, insbesondere die Wettbewerbspolitik im allgemeinen, das öffentliche Auftragswesen und die Gesamtheit der Bestimmungen über die staatlichen Beihilfen im besonderen. Diese Politik vollzog in mehreren Schritten (vgl. Raza 2001, 31ff.).

Zum einen war sie darauf ausgerichtet, den öffentlichen Sektor vollständig dem Wettbewerbsrecht zu unterstellen. Dies ist mit Art. 81ff. des EG-Vertrags geschehen. Für (öffentliche wie private) Unternehmen, die mit Dienstleistungen von »allgemeinem wirtschaftlichem Interesse« betraut sind, gelten Wettbewerbsregeln nur, soweit dadurch die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgaben nicht verhindert wird. Diese Ausnahmeregelung kommt allerdings nur dann zum tragen, wenn damit keine unverhältnismässige Beeinträchtigung des Handelsverkehrs verbunden ist. Damit sind öffentliche Unternehmen privaten in rechtlicher Hinsicht grundsätzlich gleichgestellt und dem speziellen Charakter öffentlicher, dem Allgemeinwohl verpflichteter Unternehmen wird nur noch sehr eingeschränkt Rechnung getragen.

Im Bereich der gemeinschaftlichen Regulierung der öffentlichen Auftragsvergabe (z.B. im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung) ist das Ziel die Öffnung dieses Bereichs für den privaten Sektor. Mit den in den frühen 90er Jahren normierten Vergaberichtlinien wurden öffentliche Körperschaften bei der Vergabe öffentlichen Aufträge zu bestimmten Verfahrensarten verpflichtet. Im Kampf um Konzessionen sind grosse Unternehmen nunmehr bevorteilt, kleine regionale oder lokale öffentliche Anbieter vom Markt zu verdrängen.

Schliesslich ging es darum, der grundsätzlichen Überzeugung der Kommission materiell Ausdruck zu verleihen, dass staatliche Beihilfen potenziell uferlos, in vielen Bereichen zu hoch und daher stark marktverzerrend seien. Sie sollte daher reduziert, bzw. langfristig abgeschafft werden. Mit den Art. 87 und 88 des EG-Vertrags ist dies weitgehend im Sinne der Kommission normiert worden. Hier ist darauf

hinzuweisen, dass das Gemeinschaftsrecht den Begriff der Beihilfe äusserst breit auslegt. Dazu gehören neben staatlichen Zuschüssen, begünstigten Darlehen und Zinszuschüssen auch Bürgschaften für von privaten Unternehmen aufgenommen Kredite usw. Nicht zuletzt bemühte sich die Kommission jüngst erfolgreich, staatliche Garantien für kommunale oder regionale Kreditinstitute als unerlaubte Beihilfe zu interpretieren und damit zu unterbinden. Dies bedeutet nichts anderes, »als dass das wirtschaftliche Handeln des öffentlichen Sektors dem Primat des privatkapitalistischen Kalküls unterworfen wird. Andere Handlungsorientierungen politischer oder sozialer Natur sind demgegenüber nur mehr nachrangig zulässig, d.h. sie stellen eine Ausnahme dar« (ebd. 18).

5. Wege sozialer Aneignung

Die Kommodifizierung von öffentlichen Diensten als ein Element der Globalisierung ist somit nicht allein ein ökonomischer, über Marktkräfte induzierter Prozess, sondern wird politisch durchgesetzt, wobei der (internationalisierte) Staat nach wie vor eine entscheidende Rolle für die herrschaftsförmige Verdichtung dieser Interessen spielt. Staatliche Ökonomisierungsstrategien, die als New Public Management-Reformen im Bildungs- oder Gesundheitssektor oft auch von der Sozialdemokratie mitgetragen werden, sind ebenso wenig eine »Alternative« zur neoliberalen Privatisierungspolitik wie die Einsetzung staatlicher Regulationsbehörden in einem liberalisierten Markt. Die Finanzskandale von Enron oder Worldcom sowie die kalifornische Elektrizitätskrise haben deutlich gezeigt, wie wenig staatliche Behörden heute in der Lage sind, transnationale Konzerne zu kontrollieren.

In einem Wirtschaftssystem, welches immer weniger in der Lage ist, die elementarsten Grundbedürfnisse zu befriedigen und Ansprüche nur erfüllt werden, wenn sie den entsprechenden monetären Ausdruck finden, und wo sich die Entscheidungsmacht darüber, in welche Bereiche die Investitionen fließen sollen, in den Händen von wenigen Entscheidungsträgern befindet, gehen Strukturalternativen daher vielmehr aus dem neuerlichen Aufflammen der radikalen Kritik gegen die Privatisierungen hervor. Ausgehend von der Idee, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Position im gesellschaftlichen Gefüge ein Recht auf die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse haben, konfrontiert uns die Weigerung der »Vermarktwirtschaftlichung« der Lebenswelt unweigerlich mit der Notwendigkeit, gesellschaftliche Bedürfnisse in einforderbare Rechte zu verwandeln: Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnraum, Recht auf Gesundheit, Recht auf Bildung usw.

Das Ziel öffentlicher Dienstleistungsproduktion ist somit nicht, möglichst hohe Profite zu erzielen, sondern allen Bürgerinnen und Bürgern den gleichen Zugang zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu ermöglichen. Wie Charles-André Udry ausführt, impliziert dies einen Rentabilitäts- und Produktivitätsbegriff, der sich, in radikaler Umkehr der privatkapitalistischen Verwertungslogik, nicht am Tauschwert der Dienstleistungen orientiert, sondern an deren Gebrauchswert: »Um die Gleichheit und die Solidarität zu sichern, nimmt der Service Public Bezug auf eine Konzeption der sozialen – oder sozioökologischen – Rentabilität, welche mit der ökonomischen Rentabilität eines Unternehmens, das in Konkurrenz mit anderen privaten Kapitalien steht, nichts zu tun hat.« (Udry 1996, 1) Mit anderen Worten liegt der Wert des Service Public in seinem gesellschaftlichen Inhalt, in der Nützlichkeit des Einsatzes öffentlicher Arbeitskraft für die Gesellschaft. Ob ein schlecht benutzter Bus, ein von wenigen Studierenden besuchtes Seminar oder ein monatelang leer liegendes Spitalbett weitergeführt werden soll, d.h. ob die verfügbare Arbeitskraft für die Erbringung gerade dieser Leistung oder einer anderen eingesetzt werden soll, lässt sich nur über politische Willensbildungsprozesse bestimmen – im Sinne einer Entscheidung, welcher Aufwand den Betroffenen die Erbringung welcher Dienste »wert« ist.

Jede Diskussion über Alternativen zur Privatisierungspolitik ist also auch eine Diskussion darüber, wer in einer Gesellschaft Bedürfnisse definiert, gegeneinander abwägt und deren Befriedigung plant. Die Identifikation dieser Bedürfnisse drückt sich dabei in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in der politischen Debatte, in der ständigen Konfrontation von Einzelinteressen, sowohl der Lohnabhängigen als auch der Nutzerinnen und Nutzern, die bislang nur als passive Konsumenten wahrgenommen wurden, und deren Ausgleich durch politische Behörden im Namen des Gesamtinteresses aus.

Wie lässt sich ein geeigneter Rahmen erdenken, in dem solche Auseinandersetzungen möglich werden? Erstens ist die Frage der Maßstäbe zu stellen: Angesichts der internationalen Verflechtungen, der stark angestiegenen Mobilität der Lohnabhängigen in Europa und des europaweiten und globalen Agierens großer Konzerne sind Alternativen auf europäischer Ebene zu formulieren. Je nach Sachlage, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften ist die Erstellung von Dienstleistungen besser auf regionaler, nationaler oder supranationaler Ebene zu organisieren. Zweitens ist es einsichtig, dass es hierbei nicht um eine simple Rückverstaatlichung der öffentlichen Dienste gehen kann. Nicht nur ist die Hoffnung auf ein Wiedererstarken des Sozialstaats, der die private Ökonomie übermächtigen könnte, um sie administrativ zu steuern, durch die historisch problematisch gewordene Form des Staates stark eingeschränkt. Diejenigen, die darin nur das Heraufziehen einer gewaltigen Superbürokratie sehen, sind nicht zu widerlegen – und die Kritik der stalinistischen Systeme kann ihnen nur recht geben. Weit davon entfernt, die Gesellschaft verstaatlichen zu wollen, ist also, wie Christian Zeller schreibt, »vielmehr die Sozialisierung des Staates und der gesamten Wirtschaft anzustreben« (Zeller 2002, 13).

Die Perspektive der sozialen Aneignung öffnet ein weites Feld von Kombinationsmöglichkeiten zwischen Planungs- und Marktelementen. Zumindest auf der Unternehmensebene können bei grossen Konzernen durchaus Elemente einer sinnvollen und machbaren Planung ausgemacht werden. Konzerne versuchen, Zentralisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsabläufen, Mittelbeschaffungen, Ressourcenzuteilungen

usw. transnational zu vereinen. Anstatt den Planungsprozess dem Bestreben der Profitmaximierung zu unterwerfen, hat sich eine solche Planung jedoch den Prinzipien einer »sozio-ökologischen Rentabilität« zu verantworten: Eine gewählte öffentlichen Instanz für Wirtschaftsregulierung könnte dazu dienen, einerseits die Bedürfnisermittlung zu leiten und die Grundzüge der Ressourcenzuteilung zu beschliessen, sowie die Investitionen zu koordinieren.

Dass solche Prozesse heute möglich sind, zeigt nicht nur die Erfahrung des Partizipativen Budgets aus Porto Alegre (Brasilien). Diese Erfahrung einer radikalen Demokratisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft über das Instrument der gesellschaftlichen Mitverwaltung des Staatsbudgets, mit welchem die Entscheidungen über gesellschaftlich relevante Dienstleistungen und deren Finanzierung den Bürgerinnen und Bürgern in die Hände gelegt werden, birgt den Keim für eine auch hierzulande mögliche Selbstverwaltung der öffentlichen Dienste. Die breite Mobilisierung beispielsweise gegen die Privatisierung der Schweizer Post, im Zuge deren sich Quartiersversammlungen gegründet haben, zeigt, dass sich eine mögliche Alternative nur auf das kreative Potential der Menschen im Sinne der wirtschaftlichen Selbst-Organisation stützen kann.

Jedoch stellt sich bei aller Demokratisierung ökonomischer Entscheidungsprozesse unweigerlich auch die Frage nach dem Eigentum der Produktions-, Kommunikations- und Tauschmittel. Diese Frage stellt sich um so drängender, als die transnational agierenden Investoren von den Regierungen verlangen, ihnen all jene Bereiche zu öffnen, die noch nicht direkt der Kapitalakkumulation unterworfen sind. Wie die obigen Ausführungen zeigen, setzt die Verwirklichung von Grundrechten entsprechende öffentliche Dienstleistungen voraus und basiert auf einem Verständnis öffentlichen Eigentums. Eine solche soziale Aneignung der öffentlichen Dienste ist jedoch nicht nur die Angelegenheit intellektueller Einsicht, sondern auch und vor allem eine Sache politischer Gegenmacht. Diese erfordert eine langfristige und hartnäckige soziale und politische Mobilisierung.

Literatur

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf, *Grenzen der Globalisierung*, Westfälisches Dampfboot, Münster 1996.

ATTAC, *Remettre l'OMC à sa place*, Mille-et-une-nuit, Paris 2001.

François Chesnais, *La mondialisation du capital,* Paris, Syros, 1996.

Pierre Chambat, »Service public et néolibéralisme«, in: *Annales*, Nr. 3, 1990, S. 615-640.

Fondation Copernic, *L'appropriation sociale*, Syllepse, Paris 2002.

Stephen Gill, »Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Intergration«, in: Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber (Hrsg.), *Die Konfiguration Europas*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2000, S. 23-50.

Sébastien Guex, *L'argent de l'Etat. Parcours des finances publiques au XXe siècle*, Réalités Sociales, Lausanne 1998.

Joachim Hirsch, Bob Jessop, Nikos Poulantzas, *Die Zukunft des Staates. De-Nationalisierung, Internationalisierung, Re-Nationalisierung* VSA-Verlag, Hamburg 2002.

Joachim Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, ID-Verlag, Berlin 1995.

Michel Husson, *Misères du capital. Une critique du néolibéralisme*, Syros, Paris 1996.

Alessandro Pelizzari, »Kommodifizierte Demokratie. Zur politischen Ökonomie der „Modernisierung" im öffentlichen Sektor«, in: Armutskonferenz et al. (Hrsg.), *Was Reichtümer vermögen. Gewinner und VerliererInnen in europäischen Wohlfahrtsstaaten,* Mandelbaum Verlag, Wien 2002, S. 96-109.

Alessandro Pelizzari, *Die Ökonomisierung des Politischen. New Public Management und die neoliberale Offensive auf die öffentlichen Dienste*, UVK, Konstanz 2001.

Werner Raza, *Entstaatlichung lokaler öffentlicher Dienstleistungserbringer in der Europäischen Union*, FEG-Arbeitspapier Nr. 21, Marburg 2001.

Thomas Sablowski, »Globalisierung«, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, Argument, Berlin/Hamburg 2001, S. 869-881.

Yves Salesse, *Réformes et révolution*, Félin, Paris 2001.

Charles-André Udry, »Rentabilité sociale«, in: *Page deux*, Nr. 6, 1996, S. 1.

Asbjoern Wahl, »Privatisierung, TNU und Demokratie«, in: *Sozialismus*, Nr. 12, 2002, S. 33-36.

Christian Zeller, »Perspektiven der sozialen Aneignung: Emanzipatorische und demokratische Antworten auf Privatisierungen entwickeln«, *Beitrag für das Seminar »Servizi Pubblici e Privatizzazioni«, Europäisches Sozialforum Florenz,* 6.-10. November 2002.

Bodo Zeuner, »Das Politische wird immer privater. Zu neoliberaler Privatisierung und linker Hilflosigkeit«, in: Michael Heinrich, Dirk Messmer (Hrsg.), *Globalisierung und Perspektiven linker Politik. Festschrift für Elmar Altvater zum 60. Geburtstag*, Westfälisches Dampfboot, Münster 1999, S. 284-300.